Geschichte.

Die Mission Haldanes im Februar 1912 im Spiegel der deutschen Presse.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophisch - Naturwissenschaftlichen
Fakultät der Westfälischen
Wilhelmsuniversität zu Münster i. W.

Vorgelegt von

Rudolf Meyer-Adams

aus Bochum - Langendreer.

1935

Buchdruckerei Ludwig Grabe, Bochum-Langendreer, Kaiserstraße 11

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Juni 1935

Dekan: Herr Prof. Dr. Trier

Referent: Herr Prof. Dr. Wätjen

Meinen Eltern.

Inhalt.

Literaturverzeichnis.

Zeitungen:

Frankfurter Zeitung
Hannoverscher Courier
Kölnische Volkszeitung
Kölnische Zeitung
Münchener Neueste Nachrichten
Rheinisch-Westfälische Zeitung
Vorwärts
Vossische Zeitung
Weser-Zeitung

Quellen und Literatur:

Bethmann Hollweg, Th. v.: Betrachtungen zum Weltkriege. II. Teil. Vor dem Kriege, Berlin 1919.

Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Dargestellt auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924.

Bülow, B. v.: Deutsche Politik Berlin 1916.

Churchill, W.: The World Crisis. Bd. I, London 1923.

Dokumente: Die deutschen . . . . zum Kriegsausbruch III. Bd., Berlin 1922.

Fay, S. B.: Der Ursprung des Weltkrieges, I. Bd., Berlin 1930.

Fay, S. B.: Der Ursprung des Krieges. II. Bd. Nach Serajewo. Berlin 1930.

Friedjung, H.: Das Zeitalter des Imperialismus. 1884-1914. III. Bd., Berlin 1922.

Grey, E.: 25 Jahre Politik. Bd. I., München 1926.

Große Politik: Die . . . . . der europäischen Kabinette 1871-1914. Bd. 31, Berlin 1926.

Haldane, R. B.: Erinnerungen aus meinem Leben. Herausgg. von Herbert von Hindenburg. Stuttgart, Berlin 1930.

Haldane, R. B.: Before the War. London 1920.

Hartung, Fritz: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles. Bonn, Leipzig 1920-1930.

Hartung, Fritz: Die Marokkokrise des Jahres 1911. Archiv für Politik und Geschichte. 7. Band 1926.

Helmreich, E. C.: Die Haldane-Mission. Berliner Monatshefte, Jahrg. XII. 1934.

Helfferich, K.:	Die Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1919.
Jäckh, Ernst:	Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. II. Bd. Berlin, Leipzig 1924.
Kjellén, R.:	Dreibund und Dreivertrag. Die diplomatischen Vorgänge des Weltkrieges. München 1921.
Kjellén-Haushofer:	Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege. Leipzig und Berlin 1930.
Lutz, Herm.:	Lord Grey und der Weltkrieg. Berlin 1927.
Montgelas, Graf Max:	Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber. II. Teil 1907-1913. Berliner Monatshefte, Jahrgang IV. 1926.
Montgelas, Graf Max:	Zur englischen Politik im Juli 1914. Kriegsschuld-Frage, Jahrgang I und II, 1925.
Oncken, Herm.:	Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Welt-Krieges. II. Bd. 1933.
Reventlow, Graf E. zu:	Deutschlands auswärtige Politik 1888-1913, Berlin 1914.
Rothfels, Hans:	England und die „Aktivierung der Entente im Jahre 1912". Kriegsschuldfrage, Jahrgang 1925.
Rothfels, Hans:	Entgegnung. Kriegsschuldfrage. Jahrgang 1925, S. 413-418.
Rothfels, Hans:	Entgegnung. Kriegsschuldfrage, Jahrgang 1925, S. 554-558.
Schultheß:	Europäischer Geschichtskalender 1912. München 1913.
Siebert, B. v.:	Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente-Politik der Vorkriegsjahre. Berlin u. Leipzig 1922.
Stieve, Fr.:	Deutschland und Europa. Berlin 1926.
Tirpitz, A. v.:	Erinnerungen. Leipzig 1919.
Tirpitz, A. v..	Politische Dokumente. Stuttgart und Berlin 1924.
Wilhelm II.:	Ereignisse und Gestalten. 1878-1918. Leipzig-Berlin 1922.
Ziekursch, Joh.:	Das Zeitalter Wilhelms II. Bd. III., Frankfurt 1927-1930.

Einleitung.

Ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung, das bereits zeigte, wie weit die Mächtegruppierung in Europa fortgeschritten war und daß es nur eines Funkens bedurfte, um die gewitterschwüle Atmosphäre zum Entladen zu bringen, war die Marokkokrise des Jahres 1911. Der übrigen Welt wurde es damit offenbar, wie weit die Zusammenarbeit Englands und Frankreichs bereits gediehen war.

Das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909 hatte zwar Frankreich eine politische Vorzugsstellung in Marokko eingeräumt. In wirtschaftlicher Beziehung wurde jedoch die in der Algesirasakte festgesetzte Gleichberechtigung Deutschlands nochmals bestätigt. Die unter französischem Einfluß stehenden marokkanischen Behörden legten der deutschen Unternehmungslust aber immer mehr unübersteigliche Hindernisse in den Weg. Alle deutschen Unternehmungen klagten über ungerechte Begünstigung des französischen Handels.[1])

Wohl wahrte die französische Regierung die Form. Sie beteuerte immer wieder, daß sie an der Algesirasakte festhalte. Sie ließ sich auch auf die von Deutschland gewünschten Verhandlungen über gemeinsame wirtschaftliche Erschließung Marokkos ein und führte sie zu einigen Vertragsabschlüssen. Aber aus diesen Verträgen erwuchsen keine Früchte. Während Deutschland auf allen diesen Gebieten hingehalten wurde, breiteten sich die Franzosen immer weiter in Marokko aus.[2])

Eine aktivere Marokkopolitik setzte im Frühjahr 1911 ein, als in Frankreich das neue Ministerium Monis gebildet wurde, in dem auch Delcassé einen Platz als Marineminister fand. Von diesem Augenblick an häuften sich die Nachrichten von dem beunruhigenden, ja bedrohlichen Sicherheitszustand in Marokko. Wenn diese Nachrichten sich später auch als sehr übertrieben erwiesen, so war die französische Regierung sofort bereit, gegen diese Unruhen mit einer größeren Tatkraft als bisher vorzugehen und wenn nötig, sich auch über die Algesirasakte und das Abkommen von 1909 hinwegzusetzen.[3])

Der gesuchte Anlaß für die Franzosen war gegeben, als der Sultan ein Hilfsgesuch zum Entsatz der angeblich von Aufständischen belagerten Hauptstadt Fes stellte. Die deutsche Regierung wurde von der französischen dahin unterrichtet, daß die Besetzung von Fes nur vorübergehend sein solle und daß nach Herstellung der Ordnung die französischen Truppen wieder abziehen würden.

---

[1]) Hartung: S. 57.
[2]) Hartung: S. 57.
[3]) Oncken: S. 684.

Deutschland war nun vor die Frage gestellt, wie es sich der französischen Marokkopolitik gegenüber künftig verhalten solle. Der Kaiser war der Ansicht, Deutschland solle sich zurückhalten, da es den Übergang Marokkos an Frankreich nicht mehr hindern könne.[4]) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kiderlen-Wächter, erklärte sich zwar mit der Verzichtleistung Deutschlands auf Marokko einverstanden, schob aber die Entschädigungsfrage in den Vordergrund. In einer Denkschrift wies er darauf hin, daß es unmöglich sei, die Franzosen an dem Marsch nach Fes zu hindern und daß mit einer künftigen Räumung von Fes nicht gerechnet werden könne. An eine Aufrechterhaltung der Algesirasakte sei nicht mehr zu denken. Dafür könne Deutschland eine Kompensation verlangen, nicht nur als Ausgleich für die Frankreich zufallende Machterweiterung, sondern auch als Entschädigung für den Verlust an politischem Ansehen. Daß das diplomatische Verfahren allein nicht mehr ausreichen würde, sah Kiderlen-Wächter voraus. Er empfahl daher, mehrere Kriegsschiffe nach Südmarokko zu entsenden. Damit sichere sich Deutschland ein Faustpfand, das es nur gegen ein entsprechendes Stück französischen Kolonialbesitzes wieder aufgeben werde. Den Anlaß zu einem solchen Vorgehen glaubte Kiderlein leicht zu finden, da Deutschland das gleiche Recht habe wie Frankreich, zum Schutz bedrohter Landsleute einzuschreiten.[5])

Halbamtliche Verhandlungen Kiderlens mit dem französischen Botschafter in Berlin, Cambon, führten zunächst zu keinen Ergebnissen. Bestärkt wurde die französische Regierung in ihrer starren Haltung durch das Eintreten Rußlands und noch mehr Englands, das erklärte, es habe gegen das Vorgehen Frankreichs in Marokko keine Bedenken. Auf Unterstützung bei Italien brauchte Deutschland seit der Algestras-Konferenz nicht mehr zu rechnen, und auch Oesterreich-Ungarn ließ öffentlich erklären, daß es für Verluste, die Deutschland durch Wiederholung seiner früheren Fehler erwachsen könnten, nicht aufkommen werde.[6])

Im Vertrauen auf diese Isolierung Deutschlands kümmerte sich die französische Regierung weder um die amtliche deutsche Politik, noch um die halbamtlichen Verhandlungen. Daß Frankreich damit ein gefährliches Spiel trieb und das Einschreiten Deutschlands herausforderte, darüber war sich die diplomatische Welt einig.

Am 21. Mai marschierten die Franzosen in Fes ein. In diplomatischen Kreisen rechnete man damit, daß nun zwischen Frankreich und Deutschland die Verhandlungen beginnen würden und Deutschland eine Kompensation für die Verzichtleistung auf Marokko erhalten würde.[7]) Aber nichts geschah.

---

4) Hartung: S. 62.
5) Hartung: S. 64.
6) Hartung: S. 68—69.
7) Oncken: S. 694.

Wenn Deutschland sich nicht gänzlich auf die Seite drücken und sich die hartnäckige Mißachtung seiner durch die Algesirasakte verbrieften Stellung in Marokko ohne Gegenwehr gefallen lassen wollte, mußte jetzt mit einer nicht mehr verkennenden und nicht mehr zu ignorierenden Handlung eingegriffen werden. Die deutsche Regierung entschloß sich zur Entsendung des „Panther" nach Agadir.[8])

Hatte bis dahin in der deutschen Öffentlichkeit über die Haltung der eigenen Regierung in der Marokkofrage Unzufriedenheit, ja geradezu Hoffnungslosigkeit geherrscht, so war die Freude jetzt umso größer, da Deutschland mit dem „Panther" vornehmlich seinen Anspruch auf Berücksichtigung anmeldete. Das Ausland war vollkommen überrascht.

Mit einem deutschen Einspruch gegen die französische Marokkopolitik hatte man hier wohl gerechnet, dabei aber nur an diplomatische Mittel gedacht. Umso mehr empfand man nun das plötzliche Erscheinen des deutschen Kriegsschiffes vor Agadir als unberechtigte Drohung, als einen Faustschlag auf den Tisch.[9]) Am stärksten betroffen war Frankreich. Während ein Teil der französischen Regierung die militärische Unternehmung Deutschlands mit der Entsendung von Kriegsschiffen nach Agadir beantworten wollte, trat der andere Teil für ruhige Fortsetzung der eingeleiteten Kompensationsverhandlungen ein. Daß das französische Ministerium sich schließlich zur Wiederaufnahme unmittelbarer Verhandlungen mit Deutschland entschloß, dazu trug wesentlich die Haltung Englands bei. Zwar war in England das Befremden über das unverhoffte Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes vor Agadir allgemein, aber für ein militärisches Eingreifen war man vorerst noch nicht zu haben.

Wenn auch Asquith am 6. Juli in einer Rede im Unterhaus betonte, daß England seinen Verpflichtungen gegen Frankreich auf der Grundlage des Vertrags von 1904 nachkommen werde, so erhob er andererseits den Anspruch auf eine gewisse Kontrolle der französischen Politik.[10])

Eine Wendung der Dinge trat ein, als Kiderlen-Wächter in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter Cambon am 15. Juli als Kompensation den ganzen französischen Kongo beanspruchte. Die englische Regierung wurde von Paris über die deutsche Forderung benachrichtigt und um Hilfe angerufen. Am 21. Juli wies Grey gegenüber dem deutschen Botschafter in London darauf hin, daß nunmehr, wo Deutschland weitgehende und für Frankreich unannehmbare Forderungen gestellt habe, für England der Zeitpunkt gekommen sei, in die deutsch-französischen Verhandlungen mit einzutreten.[11])

---

[8]) Helffrich: S. 80—81.
[9]) Hartung: S. 76.
[10]) Hartung: S. 78.
[11]) Oncken: S. 698—700.

Über diese diplomatische Warnung hinaus hielt es die englische Regierung für angebracht, vor aller Welt zu bekunden, daß England seine Interessen wahren und seine Freunde schützen wolle. Schatzkanzler Lloyd George gab diesem Willen Ausdruck am 21. Juli anläßlich eines Festmahles. Seine Rede gipfelte in dem Satz: „Wenn uns jedoch eine Situation aufgezwungen würde, in der der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohltätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten von Heroismus und Erfolg erworben hat, und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen garnicht mitzähle; dann — ich betone es — würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land wie das unsrige nicht ertragen könnte".[12])

Die Wirkung dieser Rede war gewaltig. Besonders Frankreich triumphierte. War damit doch aller Welt klar bewiesen, daß es auf die tatkräftige Unterstützung Englands jederzeit rechnen konnte. Die deutsche Regierung befand sich in einer peinlichen Situation, hatte sie sich doch schon entschlossen, mit einem unbedingten Verzicht auf jeden territorialen Erwerb in Marokko selbst für den Fall des Scheiterns der Kompensationsverhandlungen zu antworten. Nun aber nach der öffentlichen Drohung konnte die deutsche Regierung dieses Zugeständnis nicht offen bekanntgeben, um nicht in den Verdacht zu kommen, als sei sie aus Angst vor England zurückgewichen. Der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, erhielt den Auftrag Grey gegenüber darauf hinzuweisen, daß Lloyd George kein geeigneteres Mittel hätte ergreifen können, um die politische Lage zu verwirren, als diese Rede.[13]) Da Grey sich eine derartige Kritik nicht bieten lassen wollte, nahm die Unterredung einen stürmischen Verlauf. Die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung rückte immer näher.

Mehr oder weniger beglaubigte Gerüchte über Kriegsvorbereitungen kamen aus England. Dabei spielten die sensationellen Enthüllungen des Hauptmanns Faber eine große Rolle, die von Flottendislokationen sprachen. Vorbereitungen seien im Zuge, 170 000 Mann über den Kanal zu bringen. Wieweit diese Behauptungen auf Wahrheit beruhten, dafür fehlen bisher noch die Beweise.

In Deutschland war man bestürzt und überrascht über die feindselige Haltung, die England einnahm. Von nun an galt in weiten Kreisen neben Frankreich auch England als der Widersacher Deutschlands. Ob auf die Dauer ein Zusammenstoß mit ihm vermieden werden könnte, war zweifelhaft geworden.

---

[12]) Friedjung: S. 33.
[13]) Hartung: S. 86.

Die Krise des Jahres 1911 ging vorüber, ohne eine kriegerische Auseinandersetzung zu bringen. Eine weitere Zuspitzung wurde dadurch vermieden, daß Kiderlen den englischen Außenminister daran erinnern ließ, er habe von den deutschen „unmöglichen Forderungen" gesprochen, ohne zu wissen, worin die deutschen Angebote beständen. Deutschland habe selbst den aufrichtigen Wunsch, alle Reibungsflächen mit Frankreich auf kolonialem Gebiet möglichst verschwinden zu lassen. Unter dem Eindruck dieser Erklärung ließ die englische Regierung durch Asquith im Unterhaus bekanntgeben, sie hege keine feindlichen Absichten und hoffe, daß eine friedliche Lösung gefunden werde.[14])

Nur langsam kamen allerdings die deutsch-französischen Verhandlungen wieder in Fluß. Erst am 4. November 1911 konnte das Kongoabkommen unterzeichnet werden. Als Entgelt für den völligen Verzicht auf weitere Einmischung in Marokko hatte Deutschland eine Erweiterung seiner Kolonie Kamerun auf Kosten des französischen Kongo erhalten.

Kiderlen war im Irrtum, wenn er von der Auseinandersetzung über Marokko Frieden mit Frankreich für absehbare Zeit erwartete. Nicht Versöhnung war die Frucht der Marokkoverträge, sondern ein neues Aufleben des französischen Chauvinismus.[15]) Ermutigt durch die Haltung Englands bemächtigte sich der französischen Nation wieder die alte Revanchestimmung. Dieser Aufschwung des „neuen Geistes" führte dazu, daß wenige Wochen nach dem Kongoabkommen das Kabinett Caillaux gestürzt wurde und an seine Stelle der Lothringer Poincaré trat.

In den Beziehungen zwischen Deutschland und England war eine tiefe Verstimmung eingetreten. Die Meinung, daß die Entente als notwendig anerkannt und Deutschland als ewiger Friedensstörer betrachtet wurde, war zwar weit im englischen Volk verbreitet. Andererseits gewann eine andere Strömung immer mehr an Bedeutung. Schon zweimal, im Frühjahr 1909 und im Sommer 1911, so argumentierte man, habe man vor der Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Deutschland gestanden. Beide Male nicht für englische Interessen. Die Frage drängte sich immer mehr in den Vordergrund, ob eine Politik, die zu solchen Konsequenzen führe, richtig sei.[16])

Die Frage war nur, ob die deutsche Politik, die jetzt wie vorher weiter geführt wurde, einer deutsch-englischen Annäherung günstig war. Die Ereignisse des Jahres 1911 hatten in Deutschland zu der Überzeugung geführt, daß man einer Wiederholung ähnlicher Vorgänge am besten begegne, indem man das Flottengesetz durch weitere Schiffsneubauten ergänze.

---

[14]) Oncken: S. 703.
[15]) Hartung: S. 116.
[16]) Brandenburg: S. 339.

Jenseits des Kanals vertrat man die Ansicht, daß die Aussichten für eine Entspannung des deutsch-englischen Verhältnisses nur dann günstig wären, wenn Deutschland das englische Übergewicht zur See anerkenne und Verzicht auf die Erweiterung des Flottenprogramms leiste.[17])

Die öffentliche Meinung in England begann sich mehr und mehr mit der besonderen Lage Deutschlands zu beschäftigen. Und so wurde eine Atmosphäre geschaffen, in der eine sachliche Aussprache zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern möglich war.

---

[17]) Hartung: S. 275.
(Dtsch. Gesch. v. Frankf. Frieden bezw. Vertrag v. Versailles.)

Hauptteil.

1.

Anfang des Jahres 1912 werden aus verschiedenen englischen Städten deutschfreundliche Kundgebungen gemeldet. Der Lord Mayor von Bedford verlas in einer öffentlichen Versammlung eine Resolution, die den Wunsch nach Beseitigung der zwischen Großbritannien und Deutschland bestehenden Mißverständnisse zum Ausdruck brachte.[1])

In dem Ausgang der deutschen Reichstagswahlen von 1912, die den Sozialdemokraten und Liberalen einen gewaltigen Zuwachs brachten, sahen die englischen Blätter eine überwältigende Kundgebung der friedlichen Absichten des deutschen Volkes. Die Wirkung sei ein radikaler Umschwung in der englischen Stimmung. Die günstigste Zeit während der letzten 10 Jahre für eine freundschaftliche Verständigung beider Länder sei jetzt da. „Wir glauben, daß der Augenblick nicht ungenützt vorrüber gehen darf, daß vielmehr in beiden Ländern das Kapitel der Mißverständnisse, der Paniken und des gegenseitigen Wettrüstens geschlossen werden wird, und daß wir ausschauen dürfen auf eine neue Aera freundschaftlicher Beziehungen und gemeinschaftlichen Strebens", so schließen die „Daily News" die Betrachtungen.[2])

Daß die Bereitschaft, mit Deutschland in ein besseres Verhältnis zu kommen, nicht nur Angelegenheit einzelner englischer Blätter war, sondern diese Überzeugung auch immer mehr Platz griff in Kreisen der englischen Regierung, beweist eine Rede Lloyd Georges vom 3. Februar. Trotz aller Begleitumstände, die er bedaure, hätten die jüngsten Ereignisse doch die Wirkung gehabt, die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die Gefahren der Lage zu lenken. Ein sehr günstiger Umstand sei der, daß die Marokkofrage, die ständig eine Quelle der Erregung und der Feindschaft unter den Großmächten war, geregelt sei. „Der Tag nach einem Streit ist nicht immer die schlechteste Zeit, Differenzen zu beseitigen".[3])

Wenn man in England zugibt, daß die jetzige Lage wesentlich hoffnungsreicher sei als noch vor kurzer Zeit, so denkt man andrerseits real genug, um nicht zwei Hauptfaktoren zu übersehen. „Daily Chronicle" meint, in Deutschland herrsche der Glaube, daß England entschlossen sei, Deutschland an der Verwirklichung seiner kolonialen Wünsche zu hindern. Dieser Verdacht müsse zunächst beseitigt werden. Grund zu diesen deutschen Klagen wäre wohl da. Eine deutsche Expansion sei notwendig. Demgegenüber müsse man den englischen Argwohn berücksichtigen, Deutschland

---

[1]) Weser-Zeitung: 2. Februar 1912.
[2]) Weser-Zeitung: 6. Februar 1912.
[3]) Münchener Neuste Nachrichten: 4. Februar 1912.

wolle die englische Vorherrschaft zur See herausfordern. Niemand könne etwas gegen eine deutsche Flotte haben, die für den Schutz des deutschen Handels und der deutschen Kolonien ausreiche. Aber ein Programm, das eine Herausforderung der englischen Seegeltung zu enthalten scheine, würde zu einem kostspieligen Wettrüsten führen. Eine Verständigung in der Rüstungsfrage sei nötig und Hoffnung sei da, daß die Staatsmänner beider Länder an das Problem mit dem festen Entschluß herantreten würden, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen wiederherzustellen.[4])

Die deutsche öffentliche Meinung nimmt diese Gesinnungsänderung in England wohlwollend zur Kenntnis. Aber ein gewisser Argwohn und zurückhaltende Vorsicht sind doch überall festzustellen. Verstehen kann man diese Haltung, wenn man zurückdenkt an die schroffe Haltung Englands in der zweiten Marokkokrise. Zur selben Zeit, als die deutschfreundlichen Stimmen über den Kanal herüber kamen, erregte der große Spionageprozeß Stewart im ganzen Reich ungeheures Aufsehen. Ging doch aus den Gerichtsverhandlungen hervor, daß Englands amtliche Kreise so ziemlich alles wußten, was Deutschland bis zum Sommer 1911 an Schiffen, Befestigungen und Stützpunkten gebaut oder geschaffen hatte.

Daß die neue Verständigungsbereitschaft Englands als nicht ehrlich oder sogar als Gaukelspiel bezeichnet, ist nach der Probe, die die englische Politik bis dahin der deutschen geliefert hatte, verständlich.

Eine Folge der Marokkokrise war gewesen, daß in Deutschland in weiten Kreisen die Ansicht immer mehr an Boden gewann, nur ein weiterer Ausbau unserer Flotte könne eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle verhindern. Tirpitz hatte schon seit längerer Zeit den Plan gefaßt, vor Ablauf des alten Flottengesetzes eine Novelle einzubringen. Der Stimmungsumschwung im deutschen Volk kam ihm daher für seine neue Flottenbaupolitik sehr gelegen. Daß er diesen Vorteil rücksichtslos ausnutzte, ist nur zu verständlich. Auf den Kaiser konnte Tirpitz unbedingt rechnen. Schon am 27. August 1911 hatte dieser in Hamburg darauf angespielt, „unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, sodaß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde".[5]) Die Haltung Englands in der Marokkokrise und besonders die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli hatte bei Wilhelm II. eine Stimmung verursacht, die ihn den Gedanken von Tirpitz eines Stärkeverhältnisses 2 : 3 lebhaft aufgreifen ließ. Gegenüber den Vorhaltungen Bethmann Hollwegs, der in der Flottennovelle ein Haupthindernis für eine deutsch-englische Verständigung sah, wies der Kaiser darauf hin, daß es sich hierbei nicht nur um eine Lebensfrage für die weitere Entwicklung der Marine, sondern um eine Lebensfrage für die zukünftige äußere Politik des Reiches handele.[6])

---

[4]) Vossische Zeitung: 6. Februar 1912.
[5]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 307.
[6]) Tirpitz, Dok. S. 216.

Bestärkt wurde der Kaiser in seinem Eintreten für eine Flottenvermehrung durch die Berichte des deutschen Marineattachés in London, Korvettenkapitän Widenmann, dessen Ausführungen in schreiendem Gegensatz zu denen des Botschafters Metternich standen. Widenmann ist nicht wie Bethmann Hollweg der Ansicht, daß die Flottennovelle die kommenden deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen von vornherein zur Aussichtslosigkeit verdamme. In England würde man sich zwar über jede deutsche Flottenvermehrung sehr ärgern, denn die eigenen Rüstungen müßten naturgemäß auch wieder steigen. Die bloßen Tatsachen einer deutschen Flottennovelle allein werde in England kein Kriegsgrund sein. Jede Flottenvermehrung Deutschlands im jetzigen Moment werde von England als etwas Natürliches angesehen werden. Anders sei es, wenn die Ursache dieser nationalen Aufwallung in Deutschland diesseits des Kanals vergessen sein werde. Dann werde man eine Novelle als eine plötzliche und unverdiente Drohung gegen das friedliche England hinstellen.[7])

Tirpitz sah in der Novelle weniger eine eigentliche Vermehrung der Flotte, sondern eine Erhöhung ihrer Kriegsbereitschaft. Den Weg, um ohne wesentliche Vermehrung der Schiffszahl die Kriegsbereitschaft zu erhöhen, fand er in der Aktivierung eines Reservegeschwaders, sodaß Deutschland über 3 statt 2 stets in Dienst gehaltene Geschwader verfügte.[8])

Betrachtete Tirpitz als ein Mittel zu wesentlicher Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen die Schaffung einer deutschen Flotte, welche den Angriff auf den deutschen Handel für England zu einem gewagteren Gedanken machte als zur Zeit Bismarcks,[9]) so war Grey auf der anderen Seite der Ansicht, daß die fortgesetzte Verstärkung der deutschen Flotte eine deutsch-englische Verständigung von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilte.[10]) Bethmann Hollweg dagegen als Gegner der neuen Flottennovelle sah das Mittel, einen Ausbau der deutschen Flotte über das Flottengesetz von 1900 hinaus zu verhindern, darin, eine politische Freundschaftsatmosphäre zwischen Deutschland und England zu schaffen, in der ein weiteres Wettrüsten auf Grund dieser neuen Beziehungen nicht mehr nötig war. Also bei den leitenden Männern hüben wie drüben die extremsten Meinungen über die Voraussetzungen einer kommenden Verständigung. Ob unter diesen Verhältnissen eine Wendung der bisherigen Politik zwischen beiden Ländern möglich war, ist also von Anfang an fraglich.

Bei Bekanntwerden der neuen Flottennovelle erhob Bethmann Hollweg heftigen Widerspruch und erreichte beim Kaiser zunächst die Verschiebung. Aber am 16. November befahl dieser, unverzüglich die Novelle einzubringen. Dabei ließ er durchblicken, wenn der Reichskanzler weiter bei der Weigerung der Einbringung der Novelle beharre, er einen Regierungswechsel vornehmen werde.[11])

---

[7]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 313.
[8]) Tirpitz: Erinnerungen, S. 182.
[9]) Tirpitz: Erinnerungen, S. 167.
[10]) Grey: S. 240.
[11]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 321.

Da, wie schon gesagt, Bethmann Hollwegs Kampf gegen die Flottennovelle nur dann Aussicht haben konnte, wenn es ihm gelang, eine politische Verständigung vorher zu erlangen, ermächtigte er am 22. November in einem Telegramm den Botschafter in London, Graf Metternich, Grey nochmals die Gründe darzulegen, die im Verlaufe des Sommers zu einer b e r e c h t i g t e n Erregung der deutschen Volksstimmung geführt haben. Gleichzeitig solle er dem Minister klar vor Augen führen, welche weittragende Bedeutung für die Gestaltung der deutschen Beziehungen zu England Greys demnächstige Rede haben werde.[12])

Dem Reichskanzler kam bei dem Kampf um die Flottennovelle zustatten, daß Graf Metternich in der Beurteilung der Wirkung einer Flottenvermehrung im jetzigen Augenblick mit ihm konform ging. Der Kaiser allerdings ließ sich durch die Befürchtungen Metternichs in seinem Eintreten für Tirpitz nicht irre machen, sondern stützte sich fast nur auf die Berichte des Marineattachés Widenmann. Metternich hielt es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß in englischen Kreisen die neue Flottennovelle nicht als etwas Selbstverständliches angesehen würde. Eine englische Kriegserklärung werde zwar nicht auf dem Fuße folgen. Aber die Leiter der englischen Nation müßten dann die Überzeugung gewinnen, daß ein Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei.[13]) Der Kaiser pflegte die Berichte des Botschafters mit Randbemerkungen wie „Was weiß der Zivilist davon!!" oder „Unsinn! Wir haben die Ohrfeige weg: und obendrein sollen wir keine Schiffe bauen!! Üblicher Metternichscher Rath! Bloß nicht bauen in Deutschland, dann wird in England gute Laune sein!" abzutun.[14])

Am 16. November hatte Bethmann Hollweg sich dem Willen des Kaisers beugen müssen, die Novelle in den Etatsentwurf hineinzuarbeiten. 14 Tage später, am 28. November, teilte er dem Kaiser mit, daß der Reichsetat im Bundesrat zunächst o h n e die Novelle beraten werden sollte, bis eine Entscheidung über die erforderlichen Steuern getroffen wäre.[15]) Es war offentsichlich, daß Bethmann die Entscheidung über die Novelle hinauszögern wollte. Tirpitz verlangte nun, daß der Reichskanzler im Bundesrat im Anschluß an den Bericht über den Etat 1912 eine Erklärung über eine neue Novelle abgebe, die in Vorbereitung sei. Ferner sollte diese Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht werden.[16])

Bei einem Immediatvortrag beim Kaiser am 9. Dezember schützte der Reichskanzler als Grund für die Hinauszögerung finanzielle Besorgnisse vor und riet dazu, vorläufig im Etat nur 2 Schiffe vorzulegen und diesen vor den Wahlen zu veröffentlichen. Im Winter sollten dann in einem Nachtragsetat die anderen Forderungen eingesetzt werden.

---

[12]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 321.
[13]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 316.
[14]) Gr. Pol. Bd. 31 S. 24/25.
[15]) Tirpitz: Dok. S. 261.
[16]) Tirpitz: Dok. S. 262.

Der Kaiser ließ die Bedenken seines Kanzlers jedoch nicht gelten und wies darauf hin, daß das Volk selbst stürmisch nach einer Novelle verlange und daß eine spätere Flottenvermehrung in England weniger begriffen würde. Nun kam Bethmann mit technischen Schwierigkeiten und meinte, durch die Novelle würde die Möglichkeit eines Krieges mit England nahegerückt. Der Kaiser ließ sich aber jetzt nicht mehr von seinem einmal gefaßten Entschluß abbringen. Und so blieb Bethmann nichts anderes mehr übrig, als seine Einwilligung zu geben, mit Tirpitz und dem Kriegsminister Heeringen über die Art der Einbringung — ob im Etat oder im Nachtrag — sich zu besprechen. Falls die Novelle im Nachtragsetat eingereicht würde, verlangte der Kaiser eine öffentliche Ankündigung — „für unser Volk und England" —, daß ein Nachtragsetat mit Forderungen für erhöhte Kriegsbereitschaft eingebracht werde, sobald die Vorarbeiten beendet und die Deckungsfrage geregelt sei.[17])

Damit hatte Bethmann der Politik des Kaisers und Tirpitz' nachgeben müssen. Der Kampf um den materiellen Inhalt der Novelle begann nun aber erst. Um die Forderungen der Marine zurückzuschrauben, sollte die Armee mit größeren Forderungen hervortreten. Wenn dieses Gegeneinanderausspielen von Heer und Flotte auch nicht den gewünschten Erfolg hatte, so blieb doch eine leise Verschlechterung der Stimmung zwischen beiden Waffen zurück.[18])

In der Novelle sollte anstelle des Zweiertempos ein Dreiertempo in den Jahren 1912 — 1917 und außerdem eine Vermehrung der Mannschaft zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft der Flotte treten. Aufstellung eines dritten Geschwaders war das Ziel. Bethmann Hollweg erreichte es schließlich unter großen Kämpfen, den Bauplan von 6 Linienschiffen auf 3, von 3 Panzerkreuzern auf 1 zu beschränken. Mitte Januar 1912 drückte er sogar noch durch, daß ein alternierendes Tempo eingeführt wurde. Danach durften in 6 Jahren 3 Schiffe gebaut werden. Der letzte Kreutzer fiel also auch noch.[19]) Tirpitz erklärte dazu, an die Grenze des Nachgebens gekommen zu sein.

Am 25. Januar 1912 wurde die Novelle in der abgeschwächten Form endgültig festgesetzt und am 7. Februar in der Thronrede vom Kaiser angekündigt.

[17]) Tirpitz: Dok. S. 263—265.
[18]) Tirpitz: Dok. S. 266.
[19]) Tirpitz: Dok. S. 276.

2.

Die Flottennovelle war, wenn auch in geschwächter Form, angenommen, gerade der Punkt, der nach Ansicht der englischen Regierung ein Haupthindernis für eine deutsch-englische Verständigung war. Daß englische Kabinettsmitglieder den Besuch eines ihrer Ministerkollegen in Berlin mit großer Skepsis betrachteten, läßt sich nach Lage der Dinge wohl begreifen. Nichts deutete darauf hin, daß in der Flottenfrage ein wirkliches Abkommen mit Deutschland möglich sei. Ohne das zu einem Übereinkommen zu gelangen, hielt Grey für unmöglich.[1])

Es ergibt sich somit die Tatsache, daß im englischen Volk nach der Krisenzeit in der Marokkoaffäre der sehnlichste Wunsch bestand, mit dem großen deutschen Volke in ein gutes Einvernehmen zu kommen. Einen etwas anderen Standpunkt nahm die Regierung Englands ein. Die Verhandlungen, die jetzt einsetzten, mußten beweisen, ob die Schwierigkeiten, die einer Verständigung zwischen beiden Ländern im Wege standen, größer waren als das Verlangen beider Völker nach einer endlichen Beseitigung der Gegensätze.

Im Rahmen dieser Arbeit liegt es nicht, einen genauen historischen Ablauf der Mission Haldanes in Berlin vom Februar 1912 zu geben. Darüber geben andere Arbeiten erschöpfendere Auskunft.[2]) Es soll hier aufgezeigt werden, welchen Widerhall dieser für die weitere Entwicklung des Deutschen Reiches schicksalhaft gewordene Schritt in der damaligen Presse Deutschlands gefunden hat.

Daher soll auf die Vorgeschichte des Haldane-Besuches nur kurz eingegangen werden.

Die Bemühungen Bethmanns, durch Metternich Verhandlungen über ein politisches Agreement anzuregen, waren schon seit Mitte November 1911 im Gange. Anfang Dezember erklärte auch der Kaiser sich mit einer Sondierung der englischen Regierung einverstanden.[3]) Man einigte sich schließlich, mit dem Beginn der Verhandlungen bis nach den deutschen Wahlen zu warten. Am 29. Januar 1912 überreichte der englische Finanzmann Sir Ernest Cassel dem Kaiser im Auftrage von Sir Edward Grey, Winston Churchill und Mr. Lloyd George ein Memorandum. Sein Inhalt war: Anerkennung von Englands Überlegenheit zur See, Unterstützung der kolonialen Wünsche Deutschlands und Vorschläge für ein politisches Agreement.[4])

---

1) Grey: S. 242.
2) siehe Franz Zorger: Haldanes Mission im Jahre 1912. Dissert. Frankfurt 1928. H. Dringenberg: Die Mission Haldanes, Dissert. Bonn 1930.
3) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 340.
4) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 347.

Eine bedeutende Rolle bei diesen Verhandlungen spielte Albert Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie. Er scheint auch den Anstoß zu erneuten deutsch-englischen Verhandlungen gegeben zu haben.[5]) Sein Geschäftsfreund, Sir Ernest Cassel, dem er den Vorschlag eines Besuches des englischen Marineministers Churchill in Berlin machte, teilte dies Churchill vertraulich mit. Dieser faßte den Inhalt in seinem Bericht an Grey wie folgt zusammen: „Herrn Ballins Freund ist erfreut und hat Interesse: Churchill würde in Berlin sehr gut aufgenommen werden, ob er im Gefolge des Königs käme oder allein: Die Schwierigkeiten finden volles Verständnis: wenn sie sich überwinden ließen, könnte er eine sehr nützliche Aussprache mit Admiral Tirpitz haben: Schließlich: „Nun müssen sowohl in der Armee wie in der Flotte Verstärkungen erfolgen".[6])

Der Schritt Ballins verfehlte nicht seine Wirkung. Der deutsche Vorschlag erreichte die Mitglieder des englischen Kabinetts, die ihm am günstigsten gesinnt waren.[7]) Lloyd George war der Ansicht, es müsse nun der Versuch gemacht werden, sich mit Deutschland über die Flottenrüstungen zu verständigen. Schließlich erklärte sich auch Grey mit dem Vorschlag einverstanden, obwohl er der Meinung war, es handele sich um eines der kleinlichen inoffiziellen Manöver.[8]) So kam es zu der Überreichung des englischen Memorandums durch Sir Ernest Cassel in Berlin.

Dem englischen Abgesandten wurde mitgeteilt, daß der Kaiser es am liebsten sähe, wenn er Sir E. Grey in Berlin begrüßen könne. Das deutsche Memorandum, das in Gegenwart des Kaisers, Bethmanns, Ballins aufgesetzt wurde,[9]) ließ die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung erkennen, mit den englischen Vorschlägen als Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Allerdings machte der Kaiser die Einschränkung, daß auf die Novelle im deutschen Flottengesetz nicht verzichtet werden könne.[10])

Sir E. Cassel glaubte versichern zu können, daß die englischen Minister mit der von deutscher Seite vorgeschlagenen Änderungen wohl einverstanden sein würden und der Besuch von Sir E. Grey und dem Marineminister Winston Churchill im Laufe der nächsten Woche zu erwarten sei.[11])

Churchill erhielt die deutsche Antwortnote zugesandt und äußerte sich besorgt über die kommende deutsche Flottenverstärkung. Seine Befürchtungen teilte er Grey mit — gleichzeitig mit dem Vorschlag, mit der deutschen Regierung in Unterhandlungen einzutreten, um wenigstens

---

5) Gr. Pol.-Bd. 31 S. 97.
6) Helmreich: S. 121/122.
7) Grey: S. 241.
8) Grey: S. 241.
9) Wilhelm II.: S. 122—125.
10) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 347 Anl. II und 11 348.
11) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 347.

eine Verlangsamung des deutschen Flottenbauprogramms von 6 auf 12 Jahre zu erreichen.[12])

Die englische Regierung machte aus ihren großen Bedenken, durch die Verstärkung der deutschen Flotte seien die Verhandlungen von vornherein sehr erschwert,[13]) keinen Hehl, machte sich dann aber doch die Auffassung Churchills zu eigen. Bestärkt wurde sie in diesem Entschluß durch die Mitteilungen über den Verständigungswillen in Deutschland, die der englische Botschafter in Berlin, Sir E. Goschen, nach seiner Ankunft in London machte.[14])

Die englische Regierung ließ dementsprechend mitteilen, sie sei zu einem Meinungsaustausch bereit, falls die Möglichkeit einer Modifikation der Flottennovelle vorhanden sei.[15]) Da es wünschenswert war, dem Besuch eines englischen Ministers in Berlin einen privaten und nicht formellen Charakter zu geben, wurde beschlossen, den Kriegsminister Haldane als Unterhändler zu schicken.[16])

Haldane galt als Deutschenfreund. Von seiner Studienzeit in Göttingen her hatte er enge Beziehungen zu führenden Köpfen der deutschen Wissenschaft. Außerdem hatte er in früheren Jahren mehrfach Besuche in Deutschland gemacht. Bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin 1906 hatte er es verstanden, sich das besondere Vertrauen des Kaisers erringen. Diese Faktoren, die die Verhandlungen erleichtern konnten, haben bei seiner Wahl wohl mitgespielt.

Am 8. Februar 1912, dem Tage der Ankunft Haldanes in Berlin, tauchen in deutschen Blättern die ersten Nachrichten über den Besuch des englischen Kriegsministers auf. Mutmaßungen über den privaten oder offiziellen Charakter der Reise werden aufgestellt. Der größte Teil der deutschen Presse neigt jedoch dazu, die Reise des englischen Staatsmannes in Zusammenhang zu bringen mit den Besprechungen, die seit einiger Zeit zwischen beiden Ländern im Gange seien. Gerade in den letzten Tagen seien hüben wie drüben verschiedene einer freundschaftlichen Verständigung günstige Zeitungskundgebungen erfolgt. Auch scheine in großen Geschäftskreisen ohne klar ersichtliche Ursache eine hoffnungsvollere Stimmung durchzubrechen.[17])

Die Reise Haldanes habe selbst in Londoner Kreisen überrascht. Die Tatsache, daß der englische Kriegsminister kurz vor der Abfahrt beim König eine Audienz hatte, lasse den Schluß zu, daß in Berlin über koloniale Fragen verhandelt werden würde.[18])

---

[12]) Churchill: S. 95—97.
[13]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 350.
[14]) Siebert: S. 752.
[15]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11 353.
[16]) Grey: S. 242.
[17]) Köln. Zeitung 8. Februar 1912.
[18]) Weser-Zeitung 8. Februar 1912.

Über Vermutungen über den Gegenstand der Verhandlungen kommen die Zeitungen am ersten Tage noch nicht hinaus. Den Kern der Dinge trifft ein Blatt am besten, das angeblich aus diplomatischen Kreisen zu berichten weiß, Haldanes Berliner Reise erfolge auf Wunsch oder mit Zustimmung des Kaisers, aber auch im Auftrage des gesamten britischen Kabinetts. Neben einem Austausch authentischer Informationen über die bevorstehenden beiderseitigen neuen militärischen und maritimen Rüstungen dürfte auch die Frage der Abtretung der Walfischbai besprochen werden.[19])

Die Begrüßungsworte für den englischen Gast sind freundlich gehalten. Aber man ist doch bemüht, sich von falschen Sentimentalitäten freizuhalten, da das Fazit der bisherigen deutschfeindlichen Politik Englands für die Engländer nicht gerade günstig ist.[20]) Es wird der Wunsch ausgesprochen, die englischen Annäherungsbemühungen mit Vorsicht aufzunehmen. „Mit schönen Worten und treuherzigem Augenaufschlag wird eine Politik nicht wieder wettgemacht, die seit Jahren kein höheres Ziel kannte, als sich überall in der Welt Deutschland in den Weg zu stellen".[21]) „Wir hören jetzt sehr viel freundliche Worte von England — von freundlichen Taten merken wir aber nicht das mindeste, und ohne dieses bleibts beim alten".[22])

Noch zurückhaltender ist der Ton eines Blattes, das daran erinnert, wie noch vor einem halben Jahr die Hand, die sich uns jetzt freundschaftlich entgegenstreckt, mit dem Schlimmsten gedroht habe.[23])

Man kann der deutschen Presse mithin nicht den Vorwurf machen, daß sie durch zu optimistisch gehaltene Berichte im Volke trügerische Hoffnungen geweckt habe. Den deutschen Journalisten gegenüber betonte Haldane immer wieder den privaten Zweck seiner Reise, fügte aber hinzu, daß er hoffe, durch seine Besprechungen zu einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen beizutragen.[24]) Die „Frankfurter Zeitung" glaubt aus diesen Äußerungen den Schluß ziehen zu können, Haldane habe keine offizielle politische Spezialmission in Berlin. Trotzdem könne natürlich der Versuch eines englischen Ministers von Einfluß und von Nutzen für die Gestaltung der Beziehungen beider Länder sein.

Eine einheitliche Meinung über den Sinn der Haldane-Mission ist in den deutschen Blättern nicht festzustellen. Einmal soll der Kriegsminister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der königlichen Kommission

---

[19]) Hannoverscher Courier 8. Februar 1912.
[20]) Vossische Zeitung 8. Februar 1912.
[21]) Hannoverscher Courier 8. Februar 1912.
[22]) Münchener Neuste Nachrichten 9. Februar 1912.
[23]) Kölnische Volkszeitung 9. Februar 1912.
[24]) Frankfurter Zeitung 9. Februar 1912.
Vossische Zeitung 9. Februar 1912.

für Universitätsbildung gekommen sein,[25]) dann wieder heißt es, es werde verhandelt über einen großen Landerwerb des deutschen Reiches in Zentral-Afrika.[26]) Noch weiter geht es in einer Kombination, in der gesagt wird, England habe Ende des vorigen Jahres in Berlin vertraulich sondieren lassen. Der Zweck war, die politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze zwischen beiden Ländern in den verschiedenen Erdteilen auf dem Wege einer Abgrenzung der deutschen und der britischen Interessensphären zu beseitigen. Die deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, zu Großbritannien ein dauerndes Freundschaftsverhältnis herzustellen.[27]) Diese Meldung klingt jedoch so unwahrscheinlich, daß sie von allen anderen Blättern als reine Erfindung bezeichnet wird.

Langsam gewinnt die Auffassung immer mehr an Boden, daß man in England die Reise unterlassen hätte, wenn nicht Hoffnung auf eine Besserung des Verhältnisses zu Deutschland vorhanden gewesen wäre. Die englische Regierung habe wahrscheinlich wissen wollen, woran sie ist, wenn sie in wenigen Wochen ihr Marinebudget aufstelle. Man wolle darauf hinwirken, daß nicht weitere Steigerungen des englischen Ausgabeetats nötig wären.[28])

In diese Atmosphäre einer ruhigen, wenn auch von etwas Mißtrauen nicht ganz freien Aufnahmebereitschaft der englischen Vorschläge in der deutschen Öffentlichkeit platzt die Rede des englischen Marineministers Churchill in Glasgow. Nachdem er auf die Aufrechterhaltung der britischen Suprematie zur See hingewiesen hatte, erklärte er, Englands Flotte sei eine Notwendigkeit, während die deutsche Flotte bis zu einem gewissen Grade ein Luxus sei.

Der allgemeine Eindruck in der deutschen Presse über die Rede Churchills ist der, daß damit den schwebenden deutsch-englischen Verhandlungen ein schlechter Dienst erwiesen ist. Über den Zweck dieser Flottenrede tauchen die verschiedensten Meinungen auf.

Während sich die berufenen und verantwortlichen Leiter der Geschäfte des deutschen Reiches in Berlin mit englischen Staatsmännern über eine deutsch-englische Verständigung unterhalten, müssen sie sich zu gleicher Zeit jenseits des Kanals von dem Kollegen des Unterhändlers Haldane von oben herab belehren lassen. Wenn nach dieser Rede des englischen Marineministers eine Verständigung zustande kommt, so wird die ganze Welt der Ansicht sein, das deutsche Volk sei wieder vor den Drohungen Englands zurückgewichen wie vor Agadir.[29])

---

[25]) Kölnische Zeitung 9. Februar 1912.
Kölnische Volkszeitung 9. Februar 1912.
[26]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 10. Februar 1912.
[27]) Weser-Zeitung 9. Februar 1912.
[28]) Frankfurter Zeitung 10. Februar 1912.
[29]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 10. Februar 1912.

Den entgegengesetzten Standpunkt nimmt der „Hannoversche Courier" ein. Er ist der Ansicht, die Churchill-Rede stehe in untrennbarem und zweifellos von ihren englischen Urhebern wohlberechtigtem Zusammenhang. Haldane geht als Friedenstaube mit dem Ölzweig der Rüstungsbeschränkungen ausgestattet nach Berlin. Er soll beweisen, daß England zu einer Besserung der Beziehungen zu Deutschland bereit ist, wenn Deutschland darauf verzichtet, England weitere Unkosten zur Aufrechterhaltung seiner Seeherrschaft zu verursachen. Das hat der englische Marineminister der ganzen Welt verkündet. Die englische Versöhnungspolitik versteht es mit großem Geschick, den Partner, der sich auf das zweifelhafte Geschäft nicht einlassen will, vor der Welt ins Unrecht zu setzen.[30])

Ist hier die Rede Churchills im Zusammenhang mit der konsequenten Weiterführung der englischen Politik gesehen, so fehlt es auch nicht an Versuchen, ihre Bedeutung herabzumindern. Die Taktlosigkeit, eine bestimmte Politik eines anderen Landes als Luxuspolitik zu bezeichnen, wird zwar vermerkt, aber sein scharfer Ausfall wird zurückgeführt auf seine impulsive und nicht immer sehr besonnene Art, die schon manchmal die englische Regierung in Verlegenheiten gebracht hat. Deshalb sei es wohl auch jetzt nicht nötig, diese Rede als einen mit Überlegung geführten Schlag gegen eine Versöhnungspolitik zu nehmen. Allerdings sei sie nicht geeignet, die Bemühungen Haldanes zu fördern.[31])

Weit ernster wird sie im Hinblick auf das deutsch-englische Verhältnis beurteilt, wenn es heißt, auf die deutschen Rüstungsforderungen habe die Rede keinen Einfluß. Dem Wort von der deutschen Luxusflotte wird der Ausspruch des Kaisers gegenübergestellt: Bitter not ist uns eine starke Flotte! „Weder freundschaftliche Vorstellungen noch versteckte Drohungen Englands vermögen an der Tatsache das Geringste zu ändern, daß für Deutschlands Rüstung zu Land und zu Wasser alles geschieht, was not tut".[32])

Nach ganz anderen Gesichtspunkten beurteilt naturgemäß das Organ der sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", die schwebenden deutsch-englischen Verhandlungen, besonders auch die Rede Churchills. Vor allem fällt auf, einen wie verschwindend geringen Raum die Außenpolitik hier einnimmt. Der dauernde Kampf gegen innerpolitische Zustände des Deutschen Reiches läßt nicht viel Zeit, um sich mit den Lebensfragen eines Volkes, mit seiner auswärtigen Politik zu befassen. Es nimmt daher nicht Wunder, wenn man liest, mit welcher Naivität diese Probleme der Nation behandelt werden.

---

[30]) Hannoverscher Courier 11. Februar 1912.
[31]) Frankfurter Zeitung 10. Februar 1912.
[32]) Münchener Neuste Nachrichten 11. Februar 1912.

Anstatt die überhebliche Rede des englischen Marineministers zurückzuweisen, kann das Blatt die Schadenfreude über die „deutliche Antwort auf die Ankündigung der deutschen Flottenvermehrung" nicht verbergen. Nach der Meinung der sozialdemokratischen Zeitung ist die deutsche Regierung vor die Alternative gestellt, Abrüstung oder Fortsetzung des „sinnlosesten Wettrüstens". Der Ausfall der Reichstagswahlen habe den dringenden Wunsch des deutschen Volkes gezeigt, daß dem Wettrüsten Halt geboten wird. Die deutsche Regierung sei übel beraten, wenn sie dieser gewaltigen Friedensdemonstration nicht Rechnung trage. „Die ganze Flottenfaxerei ist ein ebenso gefährliches, wie nutzloses und kostspieliges Spiel mit dem Gut und Blut der Nation. Ihr ein Ende zu bereiten ist wirklich allerhöchste Zeit".[33])

Es muß hier betont werden, daß das sozialdemokratische Blatt mit dieser Auffassung allein steht. Die übrige Presse ist sich einig in der Abwehr englischer Anmaßungen, wie sie die Rede Churchills darstellt, und ebenso in der Betonung deutscher Belange zur See. Wie sehr die Bedeutung dieser Rede für den weiteren Verlauf der Verhandlungen erkannt wird, zeigt sich darin, daß die Stellungnahme der englischen Öffentlichkeit hierzu in allen Blättern einen weiten Raum einnimmt.

Die Empörung, die in Deutschland über die Churchill-Rede herrscht, wird dadurch immerhin abgeschwächt, daß auch die meisten englischen Blätter, mit Ausnahme der bekannten Hetz-Zeitungen, die Ausführungen des Marineministers besonders wegen der Form, in der sie vorgetragen wurden, ablehnen. Mit einiger Genugtuung wird von den englischen Stimmen Kenntnis genommen.

Die „Westminster Gazette" wirft Churchill vor, er habe wenig Einsicht gezeigt, als er mit Deutschland über die deutsche Auffassung der deutschen Flotte disputierte. „Unsere Auffassung unserer Flotte ist unsere Sache, und die deutsche Auffassung der deutschen Flotte ist deutsche Sache". Kein Deutscher werde sich sagen lassen, daß die Deutsche Flotte ein Luxusgegenstand sei. Falls Haldane wirklich Flottenfragen in Berlin bespricht, wäre es für die anderen Mitglieder der Regierung klüger gewesen, die Frage ruhen zu lassen. Haldane werde in Berlin ehrlich bezeugen können, daß in England keine Jingo-Stimmung gegen Deutschland bestehe, sondern der aufrichtige Wunsch, Mittel zur Erleichterung einer Lage zu finden, die beide Länder mit wachsender Kostenlast und Reibungen bedrohe.[34])

Laut „Daily News" ist es unnötig und taktlos, gerade in diesem Augenblick das Dogma der englischen Suprematie zur See in Fanfaronaden zu verkünden. An der sachlichen Thronrede des Kaisers hätte

---

[33]) Vorwärts 11. Februar 1912.
[34]) zitiert in: Kölnische Zeitung 11. Februar 1912.

Churchill sich ein Beispiel für seine Ausführungen nehmen sollen. Diese zeigten den Weg, wie man seinen internationalen Standpunkt festlegen und seine Rechte wahren könne, ohne den Gefühlen anderer Staaten zu nahe zu treten. Wir hoffen fest, daß das deutsche Volk die Auslassungen Churchills nicht als bezeichnend für die Stimmung unserer Nation betrachten wird; wir wünschen im Gegenteil, daß die Entsendung Lord Haldanes dazu beitragen wird, alle noch bestehenden Mißverständnisse zu beseitigen und so ein friedliches Zusammenwirken der beiden befreundeten und verwandten Völker zu ermöglichen.

Die „Kölnische Zeitung" läßt sich von ihrem Vertreter in London genau über die Aufnahme der Rede in England berichten. Der „Daily Chronicle" billigt den Inhalt der Rede Churchills. Er ist aber der Meinung, daß es nicht notwendig war, den nichtamtlichen Besuch Haldanes in Berlin durch eine öffentliche Rede des Marineministers zu ergänzen. Die „Times" spricht ihre Zufriedenheit über die Rede Churchills aus, billigt aber nicht seine Äußerung, daß für Deutschland die Flotte in gewissem Maße ein Luxus sei. Das Wort werde in Deutschland nicht gut aufgenommen werden.[35])

Ausführlich wird in der „Vossischen Zeitung" die Meinung des „Daily Chronicle" zitiert. Danach ist es eine persönliche Phrase Minister Churchills gewesen, während Haldane für das Kabinett gesprochen hat. Zwischen beiden Ländern gäbe es nirgends in der Welt wirkliche Interessenkonflikte. Diese Tatsache und die günstige Stimmung in England sollten eine gegenseitige Verständigung erleichtern. Aufrichtige Versuche auf beiden Seiten, eine Verständigung zu erreichen, würden durch eine gelegentliche Wendung eines Ministers mit literarischem Temperament nicht beeinträchtigt.[36])

Hatte also die Churchill-Rede infolge ihrer fast einmütigen Ablehnung in der englischen Öffentlichkeit nicht ihre volle Wirkung in Deutschland ausgeübt, so wurde doch dadurch das Mißtrauen, das im Reich bei Beginn der Verhandlungen unverkennbar vorhanden war, wachgehalten und verstärkt.

Um den Eindruck der Rede Churchills dem deutschen Volke einigermaßen vollständig mitzuteilen, begnügt sich die deutsche Presse nicht mit der Wiedergabe der Stellungnahme in den direkt beteiligten Ländern, Deutschland und England, sondern führt auch die Stimmen führender österreichischer Blätter an. Die allgemeine Auffassung hier ist die, daß der englische Marineminister die Aufgabe seines Ministerkollegen in Berlin durch seine Glasgower Rede nicht gerade erleichtert habe. Die „Neue Freie Presse" sagt, der Luxus der Flotte werde im deutschen Reich sehr ernst genommen. Die Erkentnis ihrer Notwendigkeit habe sich durch die Ereignisse des vergangenen Sommers noch sehr vertieft.

[35]) Kölnische Zeitung 10. Februar 1912.
[36]) Vossische Zeitung 12. Februar 1912, Abendausgabe.

Schärfer lasse sich der Gegensatz im Gedankengang des deutschen Volkes und dem gewisser englischer Kreise nicht ausdrücken, als durch die Bezeichnung der deutschen Flotte als Luxus. Die „Reichspost" vertritt die Ansicht, daß der überhebende Ton des englischen Marineministers durchaus nicht zu Haldanes Friedensschalmei passe, ausgenommen, wenn dieser als Vorbedingung einer Verständigung den Verzicht des deutschen Volkes auf weitere Erstarkung seiner Seemacht ansehe. Das Ergebnis von Haldanes Berliner Besuch werde dann aber sein, daß man sich mehr vor den Vettern jenseits des Kanals vorsehe.[37])

Die Haltung der deutschen Presse während des Besuchs Haldanes in Berlin läßt sich bis jetzt dahin zusammenfassen, daß wohl allgemein der Wunsch besteht, endlich zu einem guten Einvernehmen mit England zu kommen. Gleichzeitig wird aber die Besorgnis ausgesprochen, ob eine Verständigung möglich ist, wenn man ein Blick wirft auf die englische Politik in den letzten Jahren und dazu nimmt die Churchill-Rede, die den wahren Charakter der englischen Politik beweise. Ein gewisser Ärger darüber, daß die ganzen Verhandlungen ziemlich geheimnisvoll verlaufen, ist in den Zeitungen festzustellen, wenn auch zugegeben wird, daß vielleicht für den guten Verlauf der Besprechungen eine vorzeitige Bekanntgabe nicht empfehlenswert sei.

So heißt es: Die Vermutungen über Grund und Zweck der Unterhandlungen des Kaisers, des Reichskanzlers und verschiedener Minister und Staatssekretäre mit Haldane hätten noch immer nicht durch eine bestimmte positive Tatsache einen Halt erfahren. Wenn nicht alles trüge, werde der englische Kriegsminister Berlin verlassen, ohne daß man über Inhalt und Erfolg dieser Unterredungen etwas erfahre.

Man wird sich darauf beschränken müssen, anzunehmen, daß ein angesehenes und einflußreiches englisches Kabinettsmitglied hier von den maßgebendsten Persönlichkeiten Aufklärungen über den Kurs der deutschen Reichspolitik erhalten hat und diese Auskünfte seinen Kollegen übermitteln wird. Das ist immerhin eine Art von Verständigung, und es ist bemerkenswert und nützlich, daß sie direkt auf dem Wege mündlichen Gedankenaustausches unter Fortfall aller Zwischeninstanzen und schriftlichen Berichte vor sich gegangen ist.[38])

Am 11. Februar verließ Haldane mit seinen Begleitern die Reichshauptstadt. Über den Verlauf der Verhandlungen war in diesen Tagen so gut wie nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Umso mehr setzte nun in der Presse ein Rätselraten über den Gegenstand der Besprechungen ein.

[37]) Kölnische Zeitung 11. Februar 1912.
[38]) Münchener Neuste Nachrichten 11. Februar 1912, Morgenblatt.

3.

Allmählich gewinnt in den Zeitungen die Ansicht an Boden, Haldane habe nicht als Sprecher des englischen Kabinetts in Berlin verhandelt, sondern der Zweck seiner Reise sei der gewesen, das Terrain zu sondieren und auf Grund seiner persönlichen Eindrücke seinen Ministerkollegen zu berichten, über welche Punkte Deutschland zu verhandeln bereit sei.[1]) Eine plötzliche Wendung im deutsch-englischen Verhältnis wird nicht erwartet. Es müsse vielmehr abgewartet werden, welche Folgen die Berliner Besprechungen haben werden.

Trotzdem werden Vermutungen aufgestellt, auf welche Gebiete die Unterhandlungen sich erstreckt haben. Aus der „Täglichen Rundschau" übernehmen fast alle deutschen Blätter einen Artikel, der auf Grund von Mitteilungen einer vorzüglich informierten Persönlichkeit Einzelheiten über den Haldane-Besuch bringt.

Danach ist über folgende Punkte gesprochen worden:

1. Beide Staaten kommen überein, jede Unterstützung von Spionage auf dem Gebiete des anderen strenge zu verbieten.

2. Deutschland und England haben ein gemeinschaftliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo in China und Persien.

3. Deutschland und England versuchen die Interessengegensätze beider Länder beim Bau der Bagdad-Bahn durch freundschaftliche Besprechungen zu beseitigen und ein Übereinkommen über den Endpunkt der Bahn zu treffen.

4. Die Abtretung der Walfischbai ist gleichfalls in den Kreis der Erörterungen gezogen worden, ebenso die Frage von Grenzregulierungen zwischen Deutsch-Südwest-Afrika und Portugiesisch-Westafrika. Gestreift wurden auch alle wichtigen internationalen Probleme. Lord Haldane suchte die Ansicht der deutschen Regierung über die Möglichkeit einer Beendigung des italienisch-türkischen Krieges zu erfahren und besprach mit unsern Staatsmännern auch Marinefragen. Die Einschränkung der Rüstungen ist aber nicht berührt worden, da der englischen Regierung bekannt ist, daß Deutschland eine Verhandlung über diesen Gegenstand als zwecklos ansieht.[2])

[1]) Weser-Zeitung 12. Februar 1912, Mittagsausgabe.
Frankfurter Zeitung 14. Februar 1912, Abendblatt.
Kölnische Zeitung 12. Februar 1912, Mittagsausgabe.

[2]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 11. Februar 1912, Sonntagsausgabe.
Weser-Zeitung 12. Februar 1912, Mittagsausgabe.
Hannoverscher Courier 11. Februar 1912, Morgenausgabe.

Zwar wird gleichzeitig zugegeben, daß diese Mitteilung mehr oder weniger auf gewagten Kombinationen beruhen und ihre Richtigkeit angezweifelt werden könne. Es mutet aber immerhin eigenartig an und wirft ein seltsames Licht auf die Presselancierung der deutschen Regierung wenn als Besprechungsobjekt die nebensächlichsten Dinge angeführt werden und die Hauptfrage, um die es in den ganzen Verhandlungen ging, mit einem kurzen Satz abgetan wird. Ganz im Gegenteil wird in der englischen Presse der politische Charakter der Haldane-Mission betont und gleichzeitig die Flottenfrage in den Mittelpunkt gestellt. Es läßt sich daraus schließen, daß in England ein besseres Zusammenarbeiten von Regierung und Presse bestehen mußte, als dies in Deutschland der Fall war.

Immerhin vertreten auch verschiedene deutsche Zeitungen den Standpunkt, daß die Vorstellung unsinnig sei, bei einer solchen Aussprache über die deutsch-englischen Beziehungen sei die Flottenfrage nicht berührt worden. Allein die Tatsache, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamtes und der Chef des Marinekabinetts bei den Verhandlungen zugegen waren, wird als Widerlegung dieser Vorstellung bezeichnet.

Der „Hannoversche Courier" gibt eine offiziöse Darlegung des „Berliner Lokalanzeigers" über Zweck und Ziel des Haldane-Besuches wieder, der er jedoch kritisch gegenübersteht. Dieser Artikel ist ein Beweis dafür, wie man aus Mangel an positiven Tatsachen zu reinen Kombinationen und allgemeinen Phrasen greift.

Haldane sei nach Berlin gekommen, um zu sondieren, ob die Spannung etwas gemildert werden könne. Über den Inhalt seiner Unterredung sei natürlich nichts Bestimmtes mitzuteilen. Fragen über Abrüstung auf militärischen oder maritimen Gebiet seien indes nicht behandelt worden. Das sei schon deshalb nicht möglich gewesen, weil eine Formel nicht zu finden sei, die eine ernsthafte Diskussion der Frage zulasse. Lord Haldane kann sehr nützlich wirken, wenn er solchen Anschauungen, wie sie Churchill ausgesprochen hat, entgegentritt und aufklärend wirkt.[3])

Den Kern der Dinge trifft die „Nationalliberale Korrespondenz" schon mehr, wenn sie meint, das Reichsmarineamt möge durch sofortige Veröffentlichung der Flottenvorlage jede Möglichkeit einer Beunruhigung der deutschen Öffentlichkeit dadurch beseitigen, daß das Maß unserer Flottenrüstung doch in irgendwelchen Zusammenhang gebracht werden solle mit dem Gelingen des Haldane-Besuches in Berlin, d.h. mit mehr oder weniger fragwürdigen Zugeständnissen Englands auf diplomatischem Gebiet. Haldane und Churchill müsse zu verstehen gegeben werden, daß

[3]) Hannoverscher Courier 12. Februar 1912, Abendausgabe.

das deutsche Volk eine starke Flotte wünsche, die imstande sei, jedem Angriff auf die deutsche Küste siegreich abzuwehren.[4])

Die Meinungen in der deutschen Presse über den Gegenstand der Berliner Verhandlungen sind also ganz voneinander verschieden. Gleichzeitig werden Betrachtungen angestellt über Erfolg oder Mißlingen der Reise Haldanes. Was der englische Kriegsminister gewünscht habe, sei nicht erreicht worden. Die Aufnahme in Berlin sei zwar sehr liebenswürdig gewesen, aber zu einer endgültigen Verständigung zwischen der englischen und deutschen Regierung in den schwebenden Fragen sei es nicht gekommen. Deutschland habe zwar den besten Willen, in ein besseres Verhältnis zu England zu treten. Das könne aber keineswegs durch eine Verzichtleistung auf die geplante deutsche Wehrkraftverstärkung geschehen.[5])

Dann wieder heißt es: Es sei möglich, daß die Berliner Besprechungen einen Erfolg haben könnten, zumal es in Deutschland nicht an Bereitwilligkeit zu friedlicher Verständigung gemangelt habe. Allein die Verhältnisse lägen so, daß die Initiative nur von England ausgehen könne.[6])

Es ist zu natürlich, daß gerade in deutschen Schiffahrtskreisen die deutsch-englischen Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Hing doch gerade für diesen Wirtschaftszweig vom Erfolg oder Mißerfolg einer Generalreinigung mit dem englischen Konkurrenten ungeheuer viel für die künftige Entwicklung ab. Die „Weser-Zeitung", als die hervorragendste Vertreterin für die Interessen der deutschen Schiffahrt an der Nordsee, erkennt daher besonders die überaus große Bedeutung der schwebenden Unterredungen zwischen deutschen und englischen Staatsmännern an.

Ihrer Ansicht nach ist an der Aufrichtigkeit der englischen Regierung nicht zu zweifeln, da innere und äußere Notwendigkeiten des englischen Imperiums direkt dazu zwingen. Es ist daher nicht richtig, wenn man ihre Vorschläge von vornherein als Falle für Deutschland betrachtet. Selbst die Frage der Rüstungsbeschränkung, die nach den Vorfällen im letzten Sommer in Deutschland nicht populär sei, müsse nach rein sachlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Der Standpunkt, jede derartige Vereinbarung trete der Ehre Deutschlands zu nahe, sei nicht haltbar. Denn die Verpflichtung zur Beschränkung beziehe sich ja nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf England.

---

[4]) zitiert in: Hannoverscher Courier 13. Februar 1912, Abendausgabe.
[5]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 12. Februar 1912, Abendausgabe.
[6]) Weser-Zeitung 13. Februar 1912, 1. Morgenausgabe.

„Nun kommt hinzu, ob England wirklich auf kolonialem Gebiet eine Anzahl von Vereinbarungen anbietet, was in englischen und deutschen Blättern behauptet wird. Genannt werden die portugiesischen Kolonien, Walfischbai, die Bagdad-Bahn, die Erhaltung des Status quo in Persien und China. Das ist ein äußerst wichtiger Komplex von Gegenständen. Wer sie aus Vorurteil ungeprüft abweist, ist kein Politiker".[7])

Somit ist festzustellen, daß sowohl in Deutschland als auch in England die öffentliche Meinung die Berliner Unterhandlungen günstig aufnahm und den Wunsch eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Ländern erkennen ließ. Das deutsche Volk hatte jedoch aus den Ereignissen des Sommers 1911 die Lehre gezogen, daß die beste Stütze der deutschen Außenpolitik eine starke Wehrmacht sei. Um den Preis einer vorläufig noch fragwürdigen Freundschaft mit England auf eine Stärkung seiner Rüstung zu verzichten, war es nicht gewillt. Diese Auffassung vertrat auch die gesamte deutsche Presse mit Ausnahme der sozialdemokratischen Blätter.

Ist England zu einer wirklichen Verständigung bereit, so argumentierte man weiter, so wird es sich über die kommende deutsche Marinevorlage nicht aufregen. „Für den Ausbau unserer maritimen Wehrkraft sind andere Gesichtspunkte maßgebend als der Blick auf England. Sowie man das in England einsehen wird, dürfte einer Annäherung beider Völker keine ernsthafte Schwierigkeit mehr im Wege stehen".[8])

Kurz nach seiner Ankunft in England empfing der König Haldane in einer längeren Audienz. Gleichzeitig gaben amtliche Londoner Kreise zu, daß die Berliner Reise Haldanes nur in dem Sinne einen privaten Charakter trug, als er nicht formell von der britischen Regierung zum außerordentlichen Gesandten an die deutsche Regierung bestellt worden war. Die Lage war vielmehr die, daß es wünschenswert erschien, gewisse Fragen mit den deutschen Behörden zu erörtern. In Deutschland zogen verschiedene Zeitungen daraus den Schluß, daß man seitens der englischen Regierung den politischen Charakter der Haldane-Mission nicht zugegeben hätte, wenn der Berliner Besuch ohne Erfolg geblieben wäre. Es sei also Hoffnung vorhanden zu einer deutsch-englischen Verständigung. Aus London wurde berichtet, daß die Entspannung auch in der Haltung der Fondsbörse sehr bestimmt zum Ausdruck kam.[9]) Aus alledem sprach eine unzweifelhaft optimistische Grundstimmung.

---

[7]) Weser-Zeitung 13. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.

[8]) Münchener Neuste Nachrichten 16. Februar 1912, Morgenblatt.

[9]) Kölnische Zeitung 14. Februar 1912, Abendausgabe.

Eine Trübung erfuhr diese günstige Atmosphäre, als aus England die Kunde kam, Sir E. Grey sei vom König zum Ritter des Hosenbandordens ernannt worden. Der englische Außenminister galt allgemein als großer Freund der Ententepolitik und als deutschfeindlich. Wenn ihm jetzt nach dem Besuche Haldanes in Berlin diese hohe Ehrung zuteil wurde, so war daraus zu schließen, daß der englische König die bisher gegen Deutschland gerichtete Politik Greys unterstützte.

Dieser Ansicht gibt auch die „Weser-Zeitung" Ausdruck: „Ob englische Minister Ordensauszeichnungen von ihrem König erhalten, kann uns natürlich „Wurst" sein. Nur wenn der König damit für die Politik Sir E. Greys, also gegen Deutschland demonstrieren will, gewinnt die Sache für uns eine große Wichtigkeit. Ist das der Fall, so hätte füglich die Sendung Lord Haldanes nach Berlin unterbleiben können. Einstweilen stehen wir vor einem Rätsel, das uns noch mißtrauischer gegen die englische Politik machen muß, als wir schon waren".[10])

Umso gespannter sah man in Deutschland der Eröffnung des englischen Parlaments durch den König entgegen. War doch zu erwarten, daß aus den Reden hervorging, inwieweit die Wünsche einer deutsch-englischen Verständigung in Erfüllung gegangen waren.

Die Thronrede nahm allerdings nicht auf die Berliner Verhandlungen Bezug. Alle übrigen Reden waren durchdrungen von einem hoffnungsvollen Ton, der das Beste für die Zukunft ahnen ließ. Selbst Lord Lansdowne, der Führer der Opposition im Oberhaus, gab dieser allgemeinen zuversichtlichen Stimmung Ausdruck. „Wir können uns beglückwünschen, daß der europäische Frieden augenblicklich nicht bedroht ist. Aber vor wenigen Monaten gab es einen Zeitpunkt, wo England dicht vor einem ernsten Streit mit einer Macht stand, mit der jeder recht empfindende Engländer in Frieden zu leben wünscht. Es ist beklagenswert, daß diese Mißverständnisse und Befürchtungen bestehen, und es ist Pflicht aller gutgesinnten Männer zu versuchen, sie zu beseitigen. Wenn der Besuch Lord Haldanes irgend zu diesem Zwecke beiträgt und er den Ölzweig im Knopfloch aus Deutschland mitbrachte, beglückwünschen wir ihn auf unserer Seite des Hauses ebenso warm wie seine Freunde auf der anderen Seite".[11]) Der Oppositionsführer Bonar Law sprach im Unterhaus im ähnlichen Sinne.

Die Rede, die Ministerpräsident Asquith am 14. Februar hielt, gab ebenfalls Anlaß, mit zuversichtlichem Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Hinsichtlich des Berliner Besuches wies er darauf hin, daß in letzten Monaten Anzeichen dafür da waren, daß der Besuch eines britischen Ministers in Berlin nicht unwillkommen sein würde. Unter diesen Umständen habe Haldane seine schon vorher geplante Reise beschleunigt

---

[10]) Weser-Zeitung 13. Februar 1912, Mittagsausgabe.
[11]) Schultheß' S. 332.

und sie dazu benutzt, mit den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik Fühlung zu nehmen. Dies sei zwar ein Abweichen von hergebrachten Methoden gewesen. „Aber auf beiden Seiten fühlte man, daß Freimütigkeit in der Erklärung und Mitteilung im ersten Augenblick leichter fallen würde, wenn sie eine Frage nichtformaler und nichtbindender Unterhandlungen war, als auf der Grundlage dessen, was ich „full dreß" der diplomatischen Verhandlungen nennen möchte, diese Unterhandlungen sind vollständig zustande gekommen".[12])

Einen Tag später, am 15. Februar, ging auch der deutsche Reichskanzler kurz auf die Berliner Verhandlungen in einer Rede im Reichstag ein. Er erklärte, der englische Kriegsminister habe „wenn auch ohne Ermächtigung zu bindenden Abmachungen, so doch im Auftrage des englischen Kabinetts" die Unterredungen geführt.[13]) In den Anschauungen beider leitenden Staatsmänner ist somit ein Unterschied festzustellen. Während Asquith den nichtamtlichen Charakter der Mission Haldanes betont, ist Bethmann gerade überzeugt, daß Haldane als Beauftragter des englischen Kabinetts in Berlin erschienen ist.

Eine einheitliche Aufnahme der englischen Parlamentsreden in der deutschen Presse ist entsprechend der verschiedenen Parteirichtung und Grundhaltung der einzelnen Blätter nicht festzustellen. Der versöhnliche Ton, der aus den Reden jenseits des Kanals klang, wird jedoch allgemein anerkennend vermerkt. Aber wie schon bei Beginn der Berliner Besprechungen fast überall die Anschauung vorherrschend war, mit England zwar in ein besseres Verhältnis kommen zu wollen, aber nicht unter Verzicht auf deutsche Wehrbelange, so tritt jetzt dieser Gedanke wieder mehr in den Vordergrund. Daß dabei in den Blättern, die der deutschen Eisenindustrie nahestehen, manchmal hierfür eine etwas scharfe Form gebraucht wird, soll hier auch nicht verschwiegen werden.

Die „Münchener Neusten Nachrichten" bezeichnen es als wertvoll, daß man in England den „unausführbaren Plan einer Abrüstung", das fruchtlose Suchen nach einer Formel für eine Bindung der Flotten offenbar fallengelassen hat, weil auf diesem Wege kaum eine deutsch-englische Verständigung zu erzielen war. Dieser Stein des Anstoßes sei nun von England selbst beseitigt worden und der Weg zu einer allgemeinen Verständigung nun frei.

Das englische Kabinett habe durch die Sendung eines seiner Mitglieder diesen Weg beschritten. Die Ergebnisse müßten sich aber erst noch zeigen. „Wir bleiben fest an der Linie stehen, die die Erklärungen im Parlament gezogen haben und haben keinen Grund, unsererseits mit fliegenden Fahnen ins Land der Hoffnungen und Verheißungen hinein

---

[12]) Schultheß' S. 331—332.
[13]) Schultheß' S. 34.

zu marschieren. Nach wie vor warten wir die Taten Englands ab, indem wir zugleich ohne Verzug unsere Wehrmacht in Heer und Flotte verstärken".[14])

Bemerkenswert bei dieser Stellungnahme zum deutsch-englischen Verhältnis ist die Tatsache, daß das Fallenlassen der Marinebegrenzung als Grundvoraussetzung für eine Verständigung zwischen beiden Ländern betrachtet wird, während in der Tat gerade die Nichteinigung in der Flottenfrage die Berliner Verhandlungen zum Mißerfolg verurteilte.

Aus den von zuversichtlicher Hoffnung getragenen Ausführungen Asquith's wurde vielfach der Schluß gezogen, daß unzweifelhaft mit einer Schwenkung der englischen Politik gerechnet werden könne. England erklärte sich bereit, auf die Politik der mehr oder weniger offenen Feindseligkeit gegen Deutschland zu verzichten und eine Verständigung zu suchen. Diese Ankündigung werde in Deutschland eine gewisse Genugtuung wecken. „Es fragt sich nur, wie hoch und welcher Art der Preis sein wird, den Deutschland für das Entgegenkommen des englischen Vetters zahlen soll. Deutschland hatte sicherlich keinen Grund, darum etwa zu werben, aber ebensowenig hat es jetzt etwa Grund, für ein friedlich-nachbarliches Zusammenleben mit England ein Zugeständnis in irgend einer seiner nationalen Existensbedingungen zu machen. Unter dieser Voraussetzung wäre eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen mit ehrlicher Befriedigung zu begrüßen; daß diese Voraussetzung aber aufrecht erhalten wird, ist eine Bedingung nationaler Würde und Unabhängigkeit".[15])

„Taten, nicht Worte", das ist immer wieder der Kehrreim, mit dem die schwebenden Verhandlungen in der deutschen Presse kommentiert werden. Noch weiter geht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", wenn sie die Erklärung des englischen Premierministers Asquith mit starkem Mißtrauen betrachtet. Wie sie zu berichten weiß, sei eine starke Verringerung der ursprünglichen Flotten- und Heeresvorlage nach dem Besuch Haldanes von der Reichsregierung beschlossen worden. Das sei nur der Zweck der Haldane-Mission gewesen. Mit einer drohenden Mahnung gegenüber dem angeblich zu nachgiebigen deutschen Kabinett schließt das Blatt: „Als Haldane in Berlin weilte, gaben wir der Befürchtung Ausdruck, daß unserer Regierung Fangeisen gelegt würden. Wir haben nicht mehr die Hoffnung, sagen zu können, daß sie in diesem Fangeisen nicht hängen geblieben sei. Wir erwarten aber, daß der nationale Teil des Reichstages mit umso größerer Entschiedenheit der Regierung sagen werde, welch' schwere Schuld sie auf sich lade, wenn sie jetzt den englischen Lockungen folge und preisgebe, was sie selber noch eine Woche vorher durch die Thronrede als unbedingt notwendig erklärt hat".[16])

---

[14]) Münchener Neuste Nachrichten 16. Februar 1912, Morgenblatt.
[15]) Hannoverscher Courier 15. Februar 1912, Abendausgabe.
[16]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 15. Februar 1912, Mittagsauhgabe.

Der „Vorwärts“ nimmt diese Tonart zum gegebenen Anlaß, um den „Panzerplatteninteressenten“ eins auszuwischen. Diese Kreise seien bestürzt über die Möglichkeit einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. Sie mißbilligten aufs allerschärfste, daß an den angekündigten deutschen Heeres- und Flottenvorlagen Abstriche vorgenommen würden. Den Satz, der aus dem Blatt der Schwerindustrie, der „Post“ zitiert wird „Wir glauben, daß, wenn sich diese Befürchtung bestätigt, die Regierung einen Sturm der Entrüstung erleben wird, gegen den die Erregung des vorigen Jahres ein wahres Kinderspiel gewesen ist“, glossiert das sozialdemokratische Organ mit dem Ausspruch: „Dieser Kasus von Größenwahn macht uns wirklich lachen“.[17])

Die Zeitung erkennt in den Reden der englischen Regierungsvertreter eine freundschaftliche und versöhnliche Stimmung und drückt den Wunsch aus, daß vor allem der Rüstungswettlauf zwischen beiden Ländern aufhören müsse. Die deutsche Sozialdemokratie, die stets die freundschaftlichsten Gefühle für das arbeitende Volk Englands gehegt habe, werde es nur begrüßen, wenn auch die Regierungen ihr gegenseitiges Mißtrauen aufgäben und nicht mehr Dreadnoughts, Torpedo- und Unterseeboote gegeneinander ausspielten. Allerdings müßte sich das Proletariat und die Sozialdemokratie darüber klar sein, daß damit die imperalistische Politik der beiden kapitalistischen Länder nicht zu Grabe getragen worden sei. Das imperalistische Expansionsbestreben Englands und Deutschlands werde eben auf Grund freundschaftlicher Vereinbarungen seine Befriedigung suchen.

Nicht der leiseste Versuch wird unternommen, in irgend einer Form auf die Voraussetzungen und Notwendigkeiten einer solchen deutschen Politik einzugehen. Nicht einmal das führende Blatt der sozialdemokratischen Partei ist fähig, oder vielmehr willig, die großen Ereignisse von einer höheren Warte aus zu betrachten. Der enge Gesichtswinkel innerpolitischer Gegensätze und Zwistigkeiten läßt eine solche Schau nicht zu. Deshalb kann nach Meinung dieser Zeitung das Ergebnis einer deutsch-englischen Verständigung nur die Vergrößerung, Abrundung und Zusammenschweißung der deutschen mittelafrikanischen Kolonien sein. Was aber die Sozialdemokratie davon hält, offenbart sich in den folgenden Auslassungen: „Das Proletariat muß daher die deutsch-englische Verständigung mit einem heitern und einem nassen Auge ansehen. Der Gefahr eines ernsten Konfliktes zwischen England und Deutschland scheint es — vorläufig wenigstens — entrückt, dafür taucht aber das Gespenst schwerer kolonialer Lasten vor ihm auf, während der Sehnsuchtsschrei der deutschen Imperialisten „Ganz Mittelafrika deutsch!“ der Erfüllung immerhin nähergerückt erscheint“.[18])

[17]) Vorwärts, 15. Februar 1912.
[18]) Vorwärts, 16. Februar 1912.

Die „Frankfurter Zeitung", die der linken Richtung des Liberalismus zuzurechnen ist, vertrat einen stark optimistischen Standpunkt und bezeichnet die Lage nach den englischen Unterhausreden als hoffnungsvoll. Die Neigung, aufgestellte Behauptungen als reale Tatsachen gelten zu lassen, sofern sie in ihren politischen Auffassungskreis passen, ist unverkennbar. So wird das Dementi Asquith's über den im Sommer 1911 geplanten Überfall der englischen Flotte auf die deutsche lebhaft aufgegriffen und ähnlich wie beim „Vorwärts" dazu benutzt, um damit gegen den innerpolitischen Gegner zu argumentieren.

War die Sprache der deutschen Nationalistenpresse manchmal vielleicht nicht glücklich gewählt, so kam darin doch die tiefe Sorge zum Ausdruck, bis jetzt noch mehr oder weniger leere Versprechungen nicht als Realitäten zu werten und als Folge davon die deutsche Wehrkraft zu vermindern. Die „Frankfurter Zeitung" glaubt diese Blätter einfach damit abtun zu können, daß sie ihnen Mangel an den bei Kulturvölkern üblichen Formen des Verkehrs vorwirft. „Diese journalistische Ruppigkeit soll vielleicht das echte Teutonentum darstellen, sie dient aber nur dazu, uns vor dem Auslande bloßzustellen".[19]) Recht geben muß sie diesen Blättern insofern, als sie selbst das Gerede des britischen Kapitäns Faber als Ursache für die Überfallmären zugibt. Nach ihrer Meinung sind das Haupthindernis einer Verständigung „die Jingos drüben und die Chauvinisten hüben, deren exaltiertes Geschrei die Völker nicht zur Ruhe kommen lassen möchte".

Einen ähnlich hoffnungsvollen Ton schlägt die „Vossische Zeitung" an, wenn sie auch nicht so urteilsfrei die Sachlage sieht, wie die „Frankfurter Zeitung". Sie glaubt, daß es sich diesmal um mehr als um bloße Worte handele, habe doch Asquith selbst zugegeben, daß die praktischen Möglichkeiten des Ausgleichs gegenwärtig der Prüfung unterlägen. Es könne nicht mehr als ausgeschlossen gelten, daß der Eifersucht wegen der Flottenpolitik von nun an der Boden entzogen werde. „Ohne der Entwicklung vorgreifen zu wollen, ohne in optimistische Überschwänglichkeiten zu verfallen, wird man daher der Meinung zuneigen, daß der Weg frei zu werden beginnt, auf den man aus dem unerquicklichen, kaum noch „korrekten" Verhältnis zu einem angenehmen und herzlichen gelangen kann, wie es den früheren Überlieferungen und dem beiderseitigen Vorteil entspräche".[20])

Ein neuer Gesichtspunkt taucht in den Erörterungen der deutschen Presse zum ersten Male auf, nämlich der, inwieweit es England auf Grund seiner bisherigen Bündnisse möglich ist, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Es heißt da: „Daß darum niemand daran

---

[19]) Frankfurter Zeitung 16. Februar 1912, Abendblatt.
[20]) Vossische Zeitung 15. Februar 1912, Abendausgabe.
[21]) Vossische Zeitung 15. Februar 1912, Abendausgabe.

denkt, von England den Verzicht auf seine Bündnisse oder Ententen mit anderen Mächten zu verlangen oder zu erwarten, braucht es erst versichert zu werden? Deutschland ist mit Österreich-Ungarn und Italien verbündet und wird es bleiben, auch wenn der Gegensatz zum Inselreich schwindet. Und das Inselreich wird nicht von Frankreich abrücken, wenn die Mißverständnisse und Mißhelligkeiten aufhören, die hüben wie drüben die Massen erregt haben. Aber ein Gewinn für alle Welt wäre es schon, wenn sie den Alb der Unruhe los wäre, die durch die Aussicht auf die Möglichkeit eines deutsch-britischen Krieges hervorgerufen würde".[21])

In der Beurteilung, inwieweit eine deutsch-englische Annäherung sich verwirklichen lasse, glaubt das Blatt jedoch, daß dies erst nach einiger Zeit möglich ist. Mit einiger Befriedigung wird festgestellt, daß die englische öffentliche Meinung die Reden im Unter- und Oberhaus mit seltener Einmütigkeit begrüßt.

Der „Daily Chronicle" bezeichnete die Reden der Regierungsvertreter und auch der Oppositionsführer als äußerst herzlich und zufriedenstellend. Er begrüßte besonders den Eifer, den die Regierung durch die Entsendung Haldanes bewiesen habe. Das deutsche Volk sage immer wieder, Taten müssen den Worten folgen. Nachdem Sprache und Gefühle in England aufgetaut seien, könne ein Wärmerwerden der gegenseitigen Beziehungen nicht mehr fern sein.[22])

Der „Daily Graphic" ist der Ansicht, in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und freundschaftlicher Freimütigkeit lasse sich jede Schwierigkeit, die zwischen den beiden Ländern bestehe, leicht regeln. Was die maritime Rivalität betreffe, so habe diese keine Existenzberechtigung mehr, nachdem beide Länder aufgehört hätten, einander nur als neidische Wettbewerber und als mögliche Feinde zu betrachten.[23])

Demnach ist festzustellen, daß sowohl in der deutschen als auch englischen Presse ähnliche Gedankengänge sich finden. Der gegenseitige Wille, unter die Vergangenheit einen Strich zu setzen und eine neue Politik in einer Atmosphäre des Vertrauens zu beginnen, ist unverkennbar. Daneben fehlen die Stimmen auch nicht, die, wie ein Teil der deutschen Presse, die schwebenden Verhandlungen vorurteilsfrei und im Hinblick auf die langen Jahre der Spannungen zurückhaltender beurteilen. Der Weg einer vertragsmäßigen Rüstungsbeschränkung wird hier als völlig ungangbar bezeichnet. Auf den Vorschlag, Deutschland solle ersucht werden, Englands Recht auf maritime Suprematie anzuerkennen, müsse Deutschland mit ähnlichen Worten antworten, wie sie Lloyd George im vergangenen Sommer gebraucht habe.

---

[22]) zitiert in: Vossische Zeitung 15. Februar 1912, Abendausgabe.
[23]) zitiert in: Vossische Zeitung 15. Februar 1912, Abendausgabe.

„Der gegenseitige gute Wille zweier Nationen kann nicht auf der Grundlage der Suprematie und Zugeständnisse angestrebt werden, sondern lediglich auf der Basis einer Vergleichung der beiderseitigen Politik, ihres gemeinsamen politischen Zieles und des Fehlens gegensätzlicher Nebeninteressen. Wir hätten uns geduldig zurückgehalten und in der sorgsamen Prüfung fortfahren sollen, sowohl was die Ziele der britischen Politik angeht, als auch die Mittel, diese Ziele zu verwirklichen", schließt die „Morning Post" etwas skeptisch ihre Betrachtungen.[24])

Bei aller optimistischen Haltung gegenüber den deutsch-englischen Besprechungen vergißt man jedoch nicht, den Einfluß Frankreichs in den Kreis der Erörterungen einzubeziehen. Gerade die „Weserzeitung", die von Anfang an bemüht ist, einer ehrlichen Verständigung mit England bei Wahrung der vollen deutschen Souveränität das Wort zu reden, faßt alle wesentlichen Gesichtspunkte zusammen und kommt so zu einer ziemlich objektiven Schau. Ihrer Ansicht nach, ist das französische Mißtrauen gegen die Berliner Verhandlungen dadurch etwas beschwichtigt worden, das die englische Regierung in Paris versicherte, sie werde nichts Ernstliches tun, ohne die französische Regierung vorher in Kenntnis zu setzen. Haldane habe nach Meinung Pariser Kreise keinen bestimmten Auftrag in Berlin ausgeführt und es sei noch sehr zweifelhaft, ob die angeknüpften Verhandlungen irgend ein praktisches Ziel erreichen würden.[25])

Um den Lesern ein klares Bild über die französische Auffassung zu vermitteln, läßt sich das Blatt aus Paris ausführlich über die Aufnahme der deutsch-englischen Besprechungen berichten. Nach dem „Temps" ist es nicht wahrscheinlich, daß die neuen Verhandlungen die maritime Nebenbuhlerschaft Englands und Deutschlands aus der Welt schaffen würden. Aber sie könnten sehr wohl einem Zustande der Spannung ein Ende machen. Zu wünschen sei, daß die Verhandlungen rasch zu einem Ziele führten. Sonst würde in Europa die Stimmung allgemein wieder ungemütlich werden.

Noch optimistischer urteilte die „Lanterne". Frankreich habe bei einer Annäherung zwischen England und Deutschland nichts zu verlieren. Asquith habe deutlich erklärt, daß kein deutsch-englisches Abkommen eine der beiden Parteien zwingen könne, ihr Verhältnis zu anderen Mächten zu ändern. Demnach könnten die beiden Gruppen der europäischen Mächte, die bis jetzt einander kalt gegenüberstanden, ihre Beziehungen verbessern, ohne sich deswegen zu ändern oder gar aufzulösen.

Für den „Eclair" ist England der Todfeind Deutschlands. Im Grunde ändere England sich nicht, das in seinem Egoismus alles dem nächstliegenden Nutzen opfere und sich an kein moralisches und unmoralisches Bedenken kehre. Ersparen wir uns den Ärger der Überraschung, ziehen wir aus der Lehre Nutzen und bleiben wir zu allem bereit.[26])

---

[24]) zitiert in: Vossische Zeitung 15. Februar 1912, Abendausgabe.
[25]) Weser-Zeitung 18. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.
[26]) zitiert in: Weser-Zeitung 18. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.

Der „Cri de Paris" behauptete einen neuen Grund für die Reise Haldanes nach Berlin zu kennen. In der schlimmsten Zeit in der Marokkokrise von 1911 habe England an Mobilisierung gedacht und dabei entdeckt, daß 38000 Mann zur Bemannung der Kriegsschiffe fehlten. Ohne obligatorischen Militärdienst könne England nicht mit Nutzen in einen kontinentalen Krieg eintreten. Man habe daher beschlossen, durch Haldane in Berlin erklären zu lassen, daß England, wenn Deutschland seine Rüstungen fortsetze, sich gezwungen sehe, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Der Eindruck in Berlin über diese Erklärung sei nicht groß gewesen. Deutschland werde fortfahren, seine Kriegsflotte zu vergrößern und England werde in kurzer Zeit seine ersten Rekruten ausheben müssen.[27])

Daß bei der Behauptung der baldigen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England der französische Wunsch hierfür die Hauptrolle spielt, wird von dem deutschen Blatt richtig erkannt. Seit dem Abschluß der „Entente cordiale" ist diese Forderung von Frankreich immer wieder erhoben worden.

Die ruhige Aufnahme der Berliner Verhandlungen in Paris läßt die Vermutung zu, daß hier von Anfang an nicht viel Hoffnungen in einen glücklichen Abschluß gesetzt wurden. Allerdings muß betont werden, daß die Erklärungen Asquith's die nüchterne Beurteilung seitens der französischen Presse wesentlich mit bewirkt haben.

Daß unser Bundesgenosse in Wien die deutsch-englischen Besprechungen aufmerksam verfolgte, ist natürlich. War er doch in dem gleichen Maße interessiert an einem guten Einvernehmen mit dem britischen Weltreich wie Deutschland.

Wie die deutsche, so vermochte auch die Wiener öffentliche Meinung in der Reise Haldanes, in der Flottenrede Churchills und in der hohen Ordensauszeichnung Greys kaum einen Zusammenhang zu finden. Diese Zufälligkeiten müssen nach ihrer Ansicht in Deutschland den Verdacht bestärken, daß die Entfremdung sich tief eingefressen habe und nicht leicht zu überwinden sein werde. In Haldane erkannte sie den Vertreter der Politik, die gute Beziehungen zum deutschen Reich für eine Notwendigkeit hielt und sich gegen die zunehmende Gehässigkeit wehrte, während Sir Edward Grey der Ansicht zuneige, in Deutschland den natürlichen Feind zu sehen.

„Er hält das deutsche Reich für anmaßend und herausfordernd, und dieser Gedanke und diese Stimmung haben ihn dazu gedrängt, die Ententen immer mehr zu förmlichen Bündnissen auszugestalten. Da wird Sir E. Grey durch Verleihung des Hosenbandordens ausgezeichnet und

[27]) zitiert in: Weser-Zeitung 18. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.

das Land muß den Eindruck haben, als würde der König ihn für einen Minister halten, wie ihn das englische Reich so lange nicht gehabt hat, und als würde er seine Verdienste so hoch schätzen, daß ihm das Schönste gebührt, was die Krone aus eigener Macht schenken kann. Der Weg zum dauernden Frieden zwischen Deutschland und England ist schwer gangbar. Da sitzt ein Stachel im Gemüt, den bisher niemand entfernen konnte. Lord Haldane ist nicht Ritter des Hosenbandordens.[28])

Wieder, wie schon einmal bei einem deutschen Presseorgan tauchte hier die Frage auf, ob die führenden Männer des englischen Kabinetts willens oder vielmehr infolge ihrer engen Bündnisse fähig waren, eine ehrliche Verständigung mit dem Deutschen Reich einzugehen.

Das englische Unterhaus hatte die Rede Asquith's, in der er von einer neuen Politik Englands gegenüber Deutschland sprach, mit großem Beifall aufgenommen. Das Parlament war also willig, mit der Regierung den neuen Kurs zu gehen. Selbst die Radikalen billigten nun die Auszeichnung Grey's. In ihr sahen sie jetzt weniger die Belohnung für eine anti-deutsche Demonstration als vielmehr den Ausdruck der königlichen Freude über die neue Wendung der Dinge.[29])

Starke Zweifel hegte die deutsche öffentliche Meinung nur darin, ob der Optimismus, der im Unterhaus herrschte, auch vom Foreign Office geteilt wurde. Dieses würde immer noch Mittel genug haben, um ein Aufgehen des in Berlin gesäten Samens zu verhindern.[30]) Aus Gründen der großen Weltpolitik trete zwar auch in England mehr und mehr das Bedürfnis nach guten Beziehungen zu Deutschland hervor. Eine Annäherung beider Staaten habe eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, aber nur unter der Voraussetzung, daß nicht im Amtsbereich Grey's die bisherigen Widerstände gegen ein freundliches Verhältnis zu Deutschland sich von neuem durchsetzten.[31])

Immer wieder war es die Person des englischen Außenministers, die als größtes Hindernis für deutsch-englische Freundschaftsbeziehungen bezeichnet ward.

Am 16. Februar hielt Staatssekretär Grey in Manchester eine Rede, in der er auf den Besuch Haldanes in Berlin Bezug nahm, ebenfalls auf die Reden Asquith's und des deutschen Reichskanzlers. Er sagte: „Ich hoffe, Sie werden anerkennen, daß die Sprache, welche der Premierminister hier gebraucht hat, in demselben Tone und Geiste in Berlin erwidert worden ist. In beiden Fällen war eine wohlüberlegte Zurückhaltung und Wortkargheit zu beobachten. Diese Zurückhaltung schließt jedoch keinen Mangel an Herzlichkeit in sich. Ich glaube, daß etwas

---

[28]) „Neue Freie Presse" zitiert in: Kölnische Volkszeitung, 16. Februar 1912, Abendausgabe.

[29]) Münchener Neuste Nachrichten, 18. Februar 1912, Vorabendblatt.

[30]) Münchener Neuste Nachrichten, 18. Februar 1912, Vorabendblatt.

[31]) Münchener Neuste Nachrichten, 19. Februar 1912, Morgenblatt.

getan worden ist, was bleibend zum Guten ausschlagen wird, nämlich, daß die Offenheit den Himmel heller und klarer gemacht hat und den Nebel des Argwohns und Mißtrauens zerstreut hat, der infolge von unbegründeten Gerüchten und Berichten sich erhoben hatte".[32])

Das Echo der Grey-Rede in Manchester war in der englischen Öffentlichkeit so, daß die Ausführungen des Außenministers hinsichtlich des deutsch-englischen Verhältnisses begrüßt wurden. Zwar ließ sich bei Berücksichtigung der außerordentlich scharfen englischen Kabinettsdisziplin schwer sagen, ob Grey ohne innere Überzeugung von der Richtigkeit seiner Worte im Auftrage des gesamten Kabinetts gesprochen hatte oder ob aus dem früheren deutschfeindlichen Saulus ein wirklich überzeugter Paulus geworden war. Besonders die liberalen Blätter, die noch vor kurzer Zeit den Leiter der englischen Außenpolitik wegen seiner ausgesprochenen Deutschfeindlichkeit angegriffen hatten, erkannten nun mit Freuden die Wandlung des Staatssekretärs an.

Grey's Rede werde einen begeisterten Widerhall im gesamten englischen Volke erwecken. Es gewähre eine besondere Befriedigung, die stete Entwicklung neuer, besserer Beziehungen mit Deutschland zu beobachten. „In dunklen Tagen, die nunmehr der Vergangenheit angehören, haben wir angesichts bedrohlicher Umstände auf ein freundliches Verhältnis mit Deutschland hingearbeitet. Nunmehr, da die Lage sich in so glücklicher Weise geändert hat, nehmen wir für uns ein eigenes Recht in Anspruch, den Wechsel besonders zu begrüßen".[33])

Ein anderes englisches liberales Blatt sieht in der deutsch-englischen Verständigung ein weiteres wertvolles Glied in der Kette internationaler Freundschaften, die deshalb auch von der französischen Presse ohne Besorgnis betrachtet werde. Es sei nur zum Vorteil Deutschlands wie Frankreichs, wenn sie einen starken gemeinsamen Freund besäßen. Die deutsche Presse hat eine vortreffliche Haltung eingenommen, und wenn sie in Deutschland und ebenso in der britischen Presse bestehen bleibt, und wenn die öffentliche Meinung in die Bahn gegenseitigen guten Willens gelenkt werden kann, so hat man in der Tat Hoffnung für eine sichere Grundlage, auf die man bauen kann. Vor allem müssen die beiden Nationen danach streben, gute Freundschaft zu begründen.[34])

Auch in Deutschland neigt man vielfach dazu, sich die Auffassung der englischen Blätter über eine angebliche Neuorientierung der Grey'schen Politik zu eigen zu machen. In diesem Sinne glaubt man seinen bisherigen Standpunkt über die Deutung der Ordensauszeichnung Grey's als einer Anerkennung seiner anti-deutschen Politik durch den König nicht mehr länger aufrecht erhalten zu können.

In einer zweiten Manchester-Rede hatte Grey den bekannten Ge-

---

[32]) Vorwärts 18. Februar 1912.
[33]) „Daily News" zitiert in: Vossische Zeitung, 17. Februar 1912, Abendausgabe.
[34]) „Daily Chronicle" zitiert in: Vossische Zeitung, 17. Februar 1912, Abendausgabe.

danken entwickelt, daß England bei seinem Mangel an einem gehörigen Landheer eine überlegene Flotte besitzen müsse, nicht zu Angriffszwecken, sondern zu seiner Sicherheit.

Die „Weser-Zeitung", die sich übrigens sogar einmal die Bezeichnung „anglophob" gefallen lassen muß, spricht an ihre deutschen Freunde die Mahnung aus, sich stets vor Augen zu halten, daß England von dieser Forderung niemals ablassen werde.[35]) Ob in dieser Lage den weiteren Verhandlungen mit Hoffnungen entgegengesehen werden dürfe, sei fraglich. Beschwörend heißt es dann: „Den Wunsch nach einem bedeutsamen und weitreichenden Ergebnis können wir auch bei dieser Gelegenheit nicht unterdrücken. Die Last unserer Kriegsrüstung ist ohnehin schon so groß, daß jede Vermehrung, wenn irgend möglich, vermieden werden sollte. Gibt es ein Abkommen, das diesen Zweck erreicht, so wird es warm begrüßt werden müssen, selbst wenn man nicht voll ans Ziel kommt".[36])

Andere Blätter der deutschen Rechten stimmten in diese Hoffnungen und Wünsche nicht mit ein. Besonders galt das von dem Organ der deutschen Schwerindustrie, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung". Hiernach konnte Haldane das Ziel seiner Reise als erreicht ansehen, wenn er einen Blick in die deutsche linksliberale und ultramontane Presse warf. Diese wolle uns belehren, entweder aus Abneigung gegen Wehrmacht oder aus Entsetzen vor dem Wiederauftauchen der Erbschaftssteuer-, daß nach der durch die Reise Haldanes eingeleiteten Entspannung der Lage kein Grund mehr vorliege, zu einer Erweiterung des Flottengesetzes.[37])

Die Anäherung Englands hat nach dieser Version folgende Erklärung:

Bei Betrachtung der Großkampfschiffe steht die deutsche Flotte in einem Verhältnis zur englischen, daß diese in uns einen beachtenswerten Gegner sehen muß. Tritt jedoch eine Verringerung der deutschen jährlichen Schiffs-Neubauten ein, so sinken wir bald auf die alte maritime Bedeutungslosigkeit gegenüber England herab. Dies zu erreichen, haben selbstverständlich die Engländer alle Ursache. Darum sprach Haldane dem Kaiser und dem Reichskanzler gegenüber von der Innigkeit der englischen Freundschaft. Darum schwenken sogar die Männer, die während der letzten Marokkokrise die Kanonen der englischen Flotte auf die deutsche Küste richteten, in die selbe Linie ein, und bezeichnen diese unanfechtbare Tatsache als Märchen.[38])

Hatte bis dahin die deutsche Presse fast nur deutschfeindliche Außerungen aus England gemeldet, so hält die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" es für ihre Pflicht, die Öffentlichkeit hinzuweisen auf englische Kreise, die aus ihrer Deutschfeindlichkeit keinen Hehl machen.

---

[35]) Weser-Zeitung 20. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.
[36]) Weser-Zeitung 20. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.
[37]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. Februar 1912, Abendausgabe.
[38]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. Februar 1912, Abendausgabe.

„Germany must be stopped", ist die Devise in der englischen Wochenschrift „John Bull", in der eine wüste Deutschenhetze täglich gepredigt wird. Vorwürfe hageln gegen die Leiter der englischen Politik. „Welche Art Politik betreiben wir? Artig fügen und geduldig zuschauen, wie unsere Herrschaft zur See stetig untergraben und unsere Stellung in Europa bedachtsam bedroht wird? Während unser gefährlichster Rivale uns den Handel wegstiehlt an allen Teilen der Welt? Laßt uns offen reden: Wir sind dieser Narrheit müde. Wir halten nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, dem Kaiser kundzutun, daß wir uns hinfort jedem weiteren deutschen Flottenprogramm entgegenstellen, und daß wir, als erste Seemacht, nicht ein neues Schiff in der deutschen Kriegsflotte mehr dulden werden. Und sollte man unseren Protest unbeachtet lassen? Nun denn, so werden wir ohne weitere Umstände jedes deutsche Schiff in den Grund bohren. Wir haben die Macht dazu heute. Morgen vielleicht würde es zu spät sein. Oh, alles für eine Regierung der Tat!"[39])

Daß solche Haßausfälle gegen das Deutsche Reich und seine Flottenbaupolitik das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der englischen Vorschläge in der deutschen Öffentlichkeit noch verschärften, konnte nicht Wunder nehmen. Gewann man doch immer mehr die Überzeugung, daß eine solche Sprache die beste Begründung für die Forderung Tirpitz' auf Erweiterung des Flottenprogramms war. Vielfach tauchte die Ansicht auf, daß die wahren Friedensfreunde auf deutscher Seite die sind, die darauf hindrängen, daß eine starke Flotte vorhanden sein muß, die der englischen den Mut nimmt, sich auf Abenteuer gegen das Deutsche Reich einzulassen.[40])

Den verhängnisvollen Einfluß, den die anti-deutsche Polemik in einigen englischen Blättern ausübte, erkannte man in England sehr bald und erteilte diesen Zeitungen den Rat, sich Schranken aufzuerlegen, damit die Hindernisse einer Entente beseitigt werden könnte. Die deutsche öffentliche Meinung traue England zwar böse Absichten zu; aber sie werde bald erkennen, daß das englische Volk ein besseres Verständnis herzlich wünsche. Eine Verständigung beseitige nicht nur die Rivalität in den Seerüstungen, sondern führe auch engere Handelsbeziehungen herbei.[41])

Liest man solche Auslassungen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei einem großen Teil der englischen Öffentlichkeit der ehrliche Wille vorhanden war, mit dem Deutschen Reich ein Freundschaftsverhältnis einzugehen. Ihr Schuld am späteren Mißerfolg beizumessen, ist nicht gut möglich.

Klar mußte man sich nur sein über den Einfluß, den die öffentliche Meinung irgend eines Landes auf Regierungsmaßnahmen auszuüben imstande ist. Daß diese Einflußnahme nicht sehr groß sein würde,

[39]) zitiert in: Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. Februar 1912, Abendausgabe.
[40]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. Februar 1912, Abendausgabe.
[41]) „Daily Telegraph" zitiert in: Frankfurter Zeitung 22. Februar 1912, Abendblatt

kann wohl füglich behauptet werden. Das wußte man in Deutschland auch sehr gut und wertete danach die deutschfreundlichen Stimmen vieler englischen Blätter. „Alle schönen Reden, Leitartikel und Zeitungsberichte vermögen nicht die schweren Wolken des Mißtrauens über den beiden Ländern zu zerstreuen. Das können nur Taten".[42])

Einige bekannte Engländer, die ehrlich für eine Verständigung mit Deutschland eintraten, brachten sogar den Mut auf, ihren Landsleuten die „große Illusion" der unbedingten Seeherrschaft auszureden.

Angell, der Verfasser eines deutschfreundlichen Buches, wagte es, zu Cambridge in einer Versammlung der Flottenliga einer Resolution entgegenzutreten, die als einzige Sicherheit für das britische Weltreich eine Überlegenheit zur See von „zwei Kielen zu einem" ansah. Dieser Engländer führte aus, daß die in einem solchem Maße verlangte Überlegenheit Großbitannien in den Stand setzen würde, Deutschland seine Weltpolitik zu diktieren.

Deutschlands Diplomaten würden unfähig sein, wenn es sich um internationale Angelegenheiten handeln würde, auf der Grundlage der Gleichberechtigung bei den Beratungen mitzureden. Dies sei nicht, wie von anderer Stelle gesagt worden, ein Luxus, sondern eine lebenswichtige Angelegenheit der nationalen Zukunft eines großen Volkes.[43])

Bedeutsame Erklärungen über das, „was Deutschland braucht", machte der englische Großindustrielle Sir Robert Hadfield. Solange nicht wirklich Abhülfe eintrete, werde in Deutschland die Überzeugung sich erhalten, daß England sich hartnäckig und breitspurig dem Deutschen Reich in den Weg stelle, um seine Aufwärtsbewegung und seinen Fortschritt zu hemmen.

„Und dieser Glaube wird durch keine englischen Gegenerklärungen beseitigt, keine Freundschaftskomitees werden helfen, sondern nur „positive Taten". Und ich sage ohne Zögern, daß eine schwierige Lage kommen muß, wenn England nicht die Berechtigung der Ansprüche Neu-Deutschlands anerkennt".[44])

Hadfield war auch ein scharfer Gegner jener englischen Wünsche, die von Deutschland verlangten, es möge seine Kriegsschiffsbauten einstellen. Die Frage sei nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Deutschland könne sein Schiffsbauprogramm nicht aufhalten, ohne einen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen.[45])

Diese Worte einsichtiger Engländer ließen zwar den Sinn für Realitäten, mit denen gerechnet werden mußte, erkennen. Aber vor einer

---

[42]) Münchener Neuste Nachrichten 24. Februar 1912, Morgenblatt.
[43]) zitiert in: Kölnische Volkszeitung 23. Februar 1912, Abendausgabe.
[44]) zitiert in: Kölnische Volkszeitung 23. Februar 1912, Abendausgabe.
[45]) zitiert in: Kölnische Volkszeitung 23. Februar 1912, Abendausgabe.

Überschätzung solcher Erklärungen mußte man sich jedoch hüten, da diese Leute keine maßgebende Bedeutung hatten. Diesen Standpunkt nahm auch die deutsche Presse hierzu ein.

Einige deutsche Blätter konnten es nicht unterlassen, ihren Lesern das Bild der deutsch-englischen Verständigung in den rosigsten Farben zu schildern. Nach dieser Lesart ist in London zwischen Lord Haldane und dem deutschen Botschafter Graf von Metternich ein Protokoll aufgestellt worden. Es soll sich dabei jedoch nicht um eine Entente handeln, wohl aber um eine völlige politische Einigung über alle denkbaren Streitfragen „ein Dokument, wie es vielleicht in dieser Art noch nicht dagewesen ist".[46])

Mögen die Zeitungen auch in dem Glauben sein, mit einer solchen Berichterstattung der Sache des Friedens zu dienen, am Ende sind solche allzu optimistisch gehaltenen Artikel nur dazu angetan, im Volke trügerische Hoffnungen zu wecken und die Verhandlungen von der Grundlage der Realitäten auf die der Wünsche zu führen.

Zur Ehre der deutschen Presse muß hier betont werden, daß solche Auslassungen eine Ausnahme darstellten. Der größte Teil bemühte sich, die Lage objektiv zu sehen. Verschiedene Blätter hielten es für ihre Pflicht, auf die Gefahr einer betont optimistischen Zeitungspolitik hinzuweisen.

„Ein Ergebnis, wie es das Berliner Blatt in dem Begriff vollkommene politische Einigung" zusammenfaßt, kann in der Kürze der Zeit nicht gut erreicht sein. Der Reichskanzler hatte seinerzeit betont, daß Lord Haldane die Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen habe herstellen wollen. Mit dieser Tatsache muß man zufrieden sein.

Es heißt aber die so verheißungsvoll einsetzende Entwicklung stören, wenn sie jetzt als so gut wie abgeschlossen hingestellt wird, und deshalb hatte die deutsche Regierung die Pflicht, jenen Überschwänglichkeiten den Boden zu entziehen. Wenn ihre Verbreiter ungeachtet dessen auf ihnen beharren, stellen sie der eigenen politischen Einsicht und ihrem Verantwortlichkeitsgefühl kein sehr günstiges Zeugnis aus".[47])

Die abwartende, ja manchmal mißtrauische Haltung der großen Mehrheit der deutschen Zeitungen, die herbeigeführt worden war durch die Churchill-Rede und andere deutschfeindliche Ausfälle in England, war natürlich Gegenstand der lebhaftesten Diskussion in der englischen Öffentlichkeit. Immer wieder versuchten englische Blätter die deutsche Presse davon zu überzeugen, daß die britische Regierung keine machiavelistischen Pläne hege und daß die Grundlagen einer deutsch-englischen Verständigung schon sicher gelegt seien. Es fehle nur noch an der Überzeugung der öffentlichen Meinung in Deutschland, daß das britische Entgegenkommen aufrichtig gemeint sei. Man hoffe indes, mit der Nachsicht der britischen

---

46) Berliner Lokalanzeiger, zitiert in: Weser-Zeitung 22. Februar 1912, 1. Morgenausgabe.

47) Kölnische Zeitung 23. Februar 1912, 1. Morgenausgabe.

Regierung und der pflichtgemäßen Zurückhaltung der britischen Presse das gegenwärtige Hindernis auf dem Wege zur Verständigung fortzuräumen.[48])

Das Rätselraten in der deutschen Presse über den Inhalt der Besprechungen Haldanes in Berlin ging weiter. Die Regierungen dagegen hatten den Wunsch, daß zunächst mal Ruhe in der deutsch-englischen Diskussion eintreten müsse. Nichts sollte den Kreis der Verhandlungen stören.

In einigen Zeitungen fand das deutsche Kabinett dabei verständnisvolle Unterstützung. Interessant sind die Begründungen, die der deutschen Öffentlichkeit eine ruhige und leidenschaftslose Betrachtung des Gegenstandes ermöglichen sollte. Das politische Bedürfnis nach Verständigung sei bei der Zuspitzung der neuen Weltmachtsfragen im stillen Ozean und im Mittelmeer auf englischer Seite stärker als auf deutscher. „Bei aller Anerkennung der Bestrebungen, die Beziehungen mit England aus dem bisherigen Mißtrauen heraus auf den Boden einer gesunden Verständigung zu führen, wird Deutschland als europäische Zentralmacht die Stärke seiner Friedenspolitik in der Festigung des Dreibundes finden, und in der Ausschaltung der kontinentalen Hemmungen der darin mehr als 30 Jahre bestehenden europäischen Friedensgarantien".[49])

Die Hauptfrage, die im Hintergrunde aller Erörterungen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung stand, war die: Läßt die Entente-cordiale ein Freundschaftsverhältnis zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich zu? In Deutschland war die allgemeine Ansicht, daß diesem englisch-französischen Bündnis eine durchaus anti-deutsche Tendenz innewohne. Kam nun eine deutsch-englische Einigung zustande, so mußte der Charakter dieser Entente als ein solcher defensiver Natur erscheinen. Das französische Unbehagen angesichts der schwebenden deutsch-englischen Verhandlungen war geeignet, das Gefühl in Deutschland über die anti-deutsche Grundhaltung der Entente-cordiale zu bestärken.

In einem viel beachteten Artikel griff Graf Reventlow dieses Thema auf. „Wodurch könnte ein besserer Beweis für die politische Unschuld der Entente-cordiale geführt werden, als durch einen unter Frankreichs freudiger Zustimmung abgeschlossenen Neutralitätsvertrag zwischen Großbritannien und Deutschland. Wirklich, eine bessere Gelegenheit zur Bekräftigung ihrer so oft betonten Wünsche eines friedlichen und schiedlichen Zusammenlebens der europäischen Staaten hat sich den beiden Ententemächten noch nicht geboten".[50])

---

[48]) „Daily Telegraph", zitiert in: Kölnische Zeitung 23. Februar 1912, 1. Morgenausgabe.
[49]) Münchener Neuste Nachrichten 26. Februar 1912, Morgenblatt.
[50]) Deutsche Tageszeitung, zitiert in: Weser-Zeitung 24. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.

Im Gegensatz zu den früheren englischen Wünschen einer Beschränkung der deutschen Rüstungen werde heute erklärt, es sei das beste, die Rüstungsfrage ganz aus den Unterhandlungen auszuschalten. Was werde damit beabsichtigt? Beabsichtigt werde sicher etwas, ja man könne darin das Anzeichen einer neuen Taktik der englischen Staatsmänner erblicken.[51])

Immer mehr kam in Deutschland in den Kreisen der Rechten die tiefe Sorge zum Ausdruck, welche Folgen das fortwährende Hinauszögern der Flottenvorlage haben könne. Man machte der Regierung den Vorwurf, sie bringe die Heeres- und Flottenvorlage immer wieder in Verbindung mit den neuen deutsch-englischen Verhandlungen. Die tiefe Empörung über die unsichere Politik des deutschen Kabinetts machte sich Luft in den Worten: „Selbstverständlich kann an so ungeheuerlichen und für Deutschland beschämenden Kombinationen nichts Wahres sein. Aber es ist schon schlimm genug, daß sie sich überhaupt hervorwagen können, und daß dabei hingewiesen werden durfte auf die gelegentlich betätigte Überschätzung dekorativer Staatsakte und auf die ebenfalls schon beklagte Überstürzung internationaler Verhandlungen unter übereilten Zugeständnisse".[52])

Gelegentlich führte die Stellungnahme der verschiedenen deutschen Blätter zu den schwebenden Unterhandlungen zu einer Polemik der einzelnen Zeitungen untereinander. Es muß aber festgestellt werden, daß z. B. die „Weser-Zeitung", wenn sie eintritt für eine Verständigung mit England, sei es auch unter Opfern, die jedoch nicht die Lebensinteressen Deutschlands berühren dürfen, anzusehen ist als Sprecherin der deutschen Seeschiffahrt. Auf der anderen Seite setzte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" sich tatkräftig ein für die Stärkung der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande und diente damit den Belangen der hinter ihr stehenden Wirtschaftsgruppe. So gesehen, haben wir von uns mehr als eine reine Zeitungspolemik. Mächtige Gruppen der deutschen Wirtschaft stießen hier auf einander und suchten die eigene Machtposition, wenn möglich auf Kosten eines anderen Wirtschaftsteils zu verbessern. Dabei ist es möglich, daß sich manchmal ein wirtschaftliches Interesse mit dem der Gesamtnation decken kann. In einem Zeitalter, das nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten denkt, bleibt eben kein Gebiet von diesem Geist des Materialismus verschont.

Positives über den Fortgang der deutsch-englischen Unterredungen in London drang in der nächsten Zeit nicht an die Öffentlichkeit. So blieb Zeit genug zu ausführlicher Betrachtung und Kritik der englischen Vorschläge einer Rüstungsbegrenzung zur See.

Es liegt durchaus nahe, daß in diesem Zusammenhang deutsche Zeitungen die Frage aufwarfen, was Deutschland antworten müsse, falls

---

[51]) Deutsche Tageszeitung, zitiert in: Weser-Zeitung 24. Februar 1912, 2. Morgenausgabe.

[52]) Hannoverscher Courier 25. Februar 1912, Morgenausgabe.

ihm einmal eine solche Rüstungsbegrenzung von irgend einer Seite in bezug auf das Landheer gemacht werden sollte. „Des weiteren drängt sich die Frage auf, in welcher Lage allein man im ganzen Verlauf der Geschichte selbständigen Staaten solche Zumutungen zu machen pflegte. Der letzte Fall in Deutschland war — nach dem Frieden von Tilsit".[53])

Wenn die tiefsten Ursachen der deutsch-englischen Gegensätze durch eine deutsche „Kontingentierung" beseitigt werden sollten, genüge nicht die Zumessung der Zahl deutscher Kriegsschiffe. Dann müsse Deutschland die Handelsschiffe, die Werkstätten und Kontore, die Zechen und Hochöfen kontingentieren lassen, denn da sitze doch die Wurzel des Schmerzes.

Trotzdem die Ereignisse der letzten Jahre nicht gerade ein günstiges Vorzeichen sind, ist man der Überzeugung, daß die wirkliche und echte Verständigung mit England einmal kommen muß. „Sie wird kommen, wenn England von der Überzeugung beherrscht sein wird, daß eine Freundschaft mit Deutschland ein großes Opfer wert ist, das Opfer einer fast heiligen Überlieferung beim Verhandeln mit den Mächten des Kontinents. Vielleicht steigt das Bedürfnis zu solcher Freundschaft bald höher als wir heute ahnen. Wir meinen: Die Grundlage kann niemals ein Übereinkommen bilden, dessen wichtigster Artikel auf einer der beiden Seiten, wie nach dem Frieden von Tilsit, die reservatio mentalis ist. Wenn der Punkt gefunden ist, an dem nicht ein beiläufiges, sondern ein großes Interesse beide Länder zusammenführt, dann ist die Zeit reif für einen solchen Bund".[54])

Festhalten an den Wehrvorlagen, das war die Parole aller rechtsgerichteten Kreise in Deutschland. Dabei gab man sich der Hoffnung hin, diese deutsche Machtsteigerung werde in England eine Wirkung in gutem Sinne geltend machen. Es werde England mit der wachsenden maritimen Bedeutung Deutschlands immer wünschenswerter erscheinen, gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Für England werde das umso leichter sein, als man sich sehr bald davon überzeugen werde, daß diese Machtentfaltung keine aggressive Tendenz zum Ausdruck bringe.[55])

Wundern muß man sich nur über den Mangel an politischem Weitblick, der aus solchen Worten spricht. Kamen doch zur selben Zeit aus England Stimmen, die besorgt fragten, wie die deutsche Flottenvermehrung in Einklang zu bringen sei mit den Zielen der Mission Haldanes. Diese Maßnahme sei dazu angetan, eine ungünstige Atmosphäre zu schaffen, da sie mit Recht oder Unrecht sowohl in England als auch in Europa als eine Antwort der deutschen Regierung auf die Mission Haldanes angesehen werde. Gegenseitige Zugeständnisse würden dadurch verhindert und bewirkt würden nur weitere Verstärkungen u. Rüstungen.[56])

---

53) Münchener Neueste Nachrichten 3. März 1912, Morgenblatt.
54) Münchener Neueste Nachrichten 3. März 1912, Morgenblatt.
55) Münchener Neueste Nachrichten 11. März 1912. Morgenblatt.
56) Westminster Gazette, zitiert: Rheinisch-Westfälische Zeitung 14. März 1912, Morgenausgabe.

Dabei war die Meinung englischer Blätter über die Erhöhung des eigenen Flottenetats durchaus nicht einheitlich. Während die einen in dem neuen Etat das sicherste Mittel sahen, das zu einem neuen deutschen Flottengesetz auf breitester Grundlage ermutigen könnte, freute sich ein anderer Teil darüber, daß der Etat das Versprechen einlöste, das Minister Churchill in seiner Glasgower Rede gegeben habe.

Namentlich tut sich die englische militärische Fachpresse hervor, die der deutschen Auffassung von der Notwendigkeit einer starken Flotte entgegentritt. Diesen Organen gilt das Zweikiel-Programm als Dogma, da es allein den Frieden garantiere, ein Verhältnis der englischen zur deutschen Flotte wie 3 : 2 dagegen als undiskutierbar."

Hieran knüpft ein Artikel in den Mitteilungen des deutschen Flottenvereins an, in dem es zum Schluß heißt: „Mögen unsere allzu Hoffnungsfreudigen vor derartigen Äußerungen, die fast täglich wiederholt und überboten werden, sowie vor der fortgesetzten chauvinistischen Kriegshetze in Frankreich die Ohren nicht verschließen. Mögen vor allem diejenigen, in deren Macht es liegt, die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu Lande und zu Wasser zu bewilligen, es an Wachsamkeit und Opferwilligkeit nicht fehlen lassen![57])

Unverkennbar neigt man nun in der deutschen Presse immer mehr der Ansicht zu, daß an einen glücklichen Abschluß der deutsch-englischen Verhandlungen kaum noch zu glauben sei. Zwar versichert man, in den Flottenplänen Deutschlands und Englands dürfe man noch keineswegs einen Grund für das Scheitern der mit Haldane's Mission eingeleiteten Besprechungen erblicken, denn niemals sei deutscherseits beabsichtigt gewesen, eine Verminderung der Wehrkraft zur See zum Gegenstand von Unterhandlungen mit England zu machen. Aber einige Zeilen weiter muß man bekennen, in gut unterrichteten Kreisen habe man nur wenig Vertrauen, daß aus den deutsch-englischen Unterredungen auch wirklich für Deutschland annehmbare Ereignisse herauskämen.[58])

Am 18. März hielt der erste Lord der Admiralität, Churchill, eine Rede über die Flottenpolitik und legte zugleich die künftigen Richtlinien der englischen Marinepolitik fest. In bezug auf Deutschland sagte er: „Als Frankreich und Rußland die beiden stärksten Seemächte nach uns waren, und ihre Kombination möglich erschien, war der Zweimächte-Standard ein zweckmäßiger Grundsatz. Das Emporsteigen der Flotte einer einzelnen Macht zum ersten Rang auf dem Kontinent hat dies verändert. Wir haben nicht mehr als die größtmöglichste Gefahr das Bündnis zweier etwa gleichstarker Seemächte zu betrachten, sondern die

[57]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 14. März 1912, Abendausgabe.

[58]) Münchener Neueste Nachrichten 15. März 1912, Morgenblatt.

Entwicklung einer sehr starken homogenen Flotte, die einer einzelnen Regierung untersteht. Daher ist der Zweimächte-Standard nicht mehr anwendbar.

Wenn z. B. Deutschland ein oder sogar zwei Schiffe aus seinem jährlichen Programm fallen läßt, werden wir, falls andrerseits keine gefährliche Entwicklung eintritt, sofort unsere entsprechenden Quoten fallen lassen und jede Verringerung des Tempos Deutschlands wird natürlich in größerem Maßstabe von uns nachgeahmt werden, freilich in gewissen Grenzen, weil wir in gewissem Grade die anderen Mächte in Betracht zu ziehen haben.

Aber nehmen wir das nächste Jahr 1913, wo Deutschland 3, England 5 Schiffe bauen will. Angenommen, wir machen beide ein Jahr Ferien, um im Buche des nationalen Mißtrauens ein weißes Blatt einzufügen, angenommen, Deutschland würde in diesem Jahr kein Schiff bauen, so würde es 6—7 Millionen Pfund Sterling sparen. Aber das ist nicht alles. Durch die 3 Schiffe, die Deutschland nicht baut, würden automatisch 5 britische Überdreadnoughts beseitigt. Das ist mehr, als die Deutschen in einem wirklichen Kriege erhoffen dürfen".[59])

Die Wirkung dieser Churchillrede in Deutschland war denkbar ungünstig. Man warf dem englischen Marineminister vor, seine ganze mit Drohungen und Schmeicheleien abwechselnde Rede sei ausschließlich darauf gerichtet gewesen, das kommende deutsche Flottengesetz unter allen Umständen zu Fall zu bringen. Ja, man scheute nicht davor zurück, die Rede als die schlimmste und gefährlichste Bauernfängerei hinzustellen, die Deutschland gegenüber jemals seitens des englischen Vetters getrieben worden sei.

Mit einer Mahnung an die deutsche Regierung, an der eingeschlagenen Politik festzuhalten, heißt es: „Gerade jetzt aber nach der Rede Lord Churchills ist es doppelt und dreifach angebracht, von neuem und mit allem Nachdruck die warnende Stimme zu erheben, denn wenn die von ihm (Churchill) versuchte Bauernfängerei zu einem Erfolg führt, so kann unser Spiel unter Umständen als verloren gelten, und der Vorsprung, den wir England damit einräumen, wird niemals wieder einzuholen sein. Für das deutsche Volk schlägt jetzt eine Schicksalsstunde, und wehe ihm, wenn seine leitenden und verantwortlichen Staatsmänner den jetzigen Augenblick verpassen".[60])

Die Rede Churchills, deren ehrliche und offene Sprache in Deutschland zwar anerkannt wurde, hatte also die gegenteilige Wirkung, als

[59]) Schultheß' S. 338—339.
[60]) „Post", zitiert in: Rheinisch-Westfälische Zeitung 19. März 1912, Abendausgabe.

sie von diesem englischen Kabinettsmitglied vielleicht gewollt war. Seine Aufforderung auf Herabsetzung der Flottenausgaben wurde von deutscher Seite der Satz gegenübergestellt: Deutschland rüstet seine Wehr, wie es seinen Bedürfnissen und Notwendigkeiten entspricht. England möge tun, was es nicht lassen kann. Die Hoffnung auf irgendwelche bedeutenden Ergebnisse der Verhandlungen sank immer mehr.

In diesen Tagen tauchten in deutschen Blättern auch die ersten Gerüchte von einer Kanzlerkrise auf. Daß schon seit längerer Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes und dem Kanzler bestanden, war einigermaßen bekannt. Daß sie zu einer solchen Zuspitzung der Lage führen würden, kam jedoch der Öffentlichkeit etwas überraschend.

Die Stellungnahme der deutschen Presse zu diesen innerpolitischen Vorgängen ist natürlich entsprechend der Parteieinstellung der einzelnen Zeitungen verschieden. Daß die Persönlichkeit Tirpitz' in linksgerichteten Kreisen nicht gerade eine gute Beurteilung erfährt, braucht nicht weiter zu verwundern. Sah man doch hier in Tirpitz den Mann, der die deutsche Außenpolitik in seinem Sinne zu beeinflussen suchte.

Nach Ansicht dieser Kreise spitzte sich der Gegensatz zwischen Tirpitz und den Leitern der Auswärtigen Politik zu, seit Bethmann Hollweg an der Herbeiführung besserer Beziehungen mit England arbeitete. Dieser sei zu einer Verständigung mit England bereit und auch einem Entgegenkommen in der Flottenvorlage nicht ganz abgeneigt. Er habe sich bemüht, diese Gesichtspunkte auch bei der Ausarbeitung der neuen Flottenvorlage zur Geltung zu bringen. Seine Bemühungen seien aber zu einem großen Teil gescheitert, natürlich in erster Linie an dem Widerstand, den Herr von Tirpitz ihnen entgegengestellt habe, und der schließlich auch die Verständigungswünsche die der Kaiser selbst wohl hege, überwunden habe. „Sollte eines Tages wirklich Herr von Bethmann Hollweg durch Herrn von Tirpitz ersetzt werden, so würde das, trotz der ungewöhnlichen Tüchtigkeit des heutigen Großadmirals, in den Augen aller einsichtigen Beurteiler ein nationales Unglück sein".[61])

In einem wesentlich anderen Lichte sehen naturgemäß die Organe der deutschen Rechten die Gestalt Tirpitz'. Ihnen gilt der Marinesekretär ebenfalls als ehrlicher Freund einer Verständigung mit England. Allerdings wünsche Tirpitz diese Verständigung auf der für Deutschland allein annehmbaren und möglichen Basis der Gleichberechtigung mit England, im Gegensatz zu Bethmann Hollweg, der hier zu Konzession bereit sei.[62])

Der Kampf zwischen' Bethmann Hollweg und Tirpitz hatte am 11. März damit seinen Abschluß gefunden, daß der Kanzler sich bereit

---

[61]) Berliner Tageblatt, zitiert in: Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. März 1912, Abendausgabe.

[62]) „Post" zitiert in: Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. März 1912, Abendausgabe.

erklärte, die Flottennovelle anzunehmen. Am gleichen Tage wurde Tirpitz vom Kaiser empfangen, der ihm mit den Worten: „Wir haben gesiegt!" entgegenkam.[63])

Mit einem gewissen Aufatmen begrüßte die nationale Presse Deutschlands diese Entscheidung. War doch damit ihre größte Sorge, die deutsche Regierung könne auf Drängen des englischen Kabinetts die geplante Flottennovelle aufgeben, ohne an deren Stelle ein gleichstarkes politisches Äquivalent zu besitzen, beseitigt.

Mit einem Ton des Selbstbewußtseins und Stolzes heißt es: „Wenn wir recht raten, dann hat in diesen Tagen der sensationellen Gerüchte Tirpitz gesiegt und Bethmann Hollweg eines seiner „Unannehmbar" aufgegeben. Churchills Giftpfeil ist abgeprallt, und das ist gut so, denn eine andere Politik als die der Entscheidungen nach dem eigenen Bedürfnis verträgt das deutsche Volk ebensowenig wie ein anderes, wenn es nicht mit rasender Schnelle hinabsinken will in die Unbedeutendheit.

Diese Machtverschiebung auf 2 : 3 müssen wir erhalten mit allen Kräften, wenn wir den Frieden gesichert haben wollen.

Wir bedrohen niemand. Wir sind 1870 in die Schlacht gezogen, weil wir herausgefordert wurden, und wir haben seit 41 Jahren lang den Frieden bewahrt, und er wird von uns aus niemals gebrochen werden. Aber wir sind Erben unserer Väter, und unsere Väter, die Helden von 1864, 1866 und 1870 haben nicht deshalb Blut vergossen, damit ihre Söhne die Knechte der Engländer werden".[64])

Diese Worte beweisen eindeutig, daß man die Hoffnung aufgegeben hatte, mit England in der Flottenfrage, wenigstens bei dem jetzigen Stand der Dinge, noch zu einer Einigung zu kommen. Da die Engländer dies jedoch als Voraussetzung für ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland ansahen, ist damit zugleich das Urteil gefällt über das Schicksal der noch schwebenden Verhandlungen.

Daß mit dem Scheitern der Verhandlungen die Brücke zwischen England und Deutschland entgültig abgebrochen war, diese Meinung vertrat man nicht im Deutschen Reich. Vielmehr war man des Glaubens, eine Verständigung müsse kommen, wenn England einsähe, daß die Freundschaft mit dem mächtigen Deutschen Reich schon ein großes Opfer wert sei.

Fragt man nach den Gründen, die zum Scheitern der deutsch-englischen Unterredungen führten, so muß man zunächst das Mißtrauen nennen, das zwischen beiden Völkern herrschte. In den beiden Marokkokrisen war es dem deutschen Volke offenbar geworden, daß der wahre Feind Großbritannien war. Als dieses nun mit einem Freundschaftsangebot hervortrat, vermutete man dahinter eine neue Taktik der englischen

[63]) Tirpitz, Dok., S. 324.
[64]) Rheinisch-Westfälische Zeitung 21. März 1912, Abendausgabe.

Diplomatie, an die man nur mit aller Vorsicht herangehen durfte. Dabei spielte es keine Rolle, daß ein Teil der deutschen Presse den englischen Schritt mit großer Begeisterung und vorurteilslos aufnahm. War diese Haltung doch vielfach bedingt durch die Feindschaft zu innerpolitischen Gegnern, deren angeblich vaterlandschädigendes Verhalten man durch deren Stellung zu den deutsch-englischen Verhandlungen zu beweisen suchte.

Ein weiteres Moment, das einer Einigung zwischen beiden Ländern hemmend im Wege stand, war nach Ansicht weiter Kreise in Deutschland die Gestalt des englischen Außenministers Grey. Nicht mit Unrecht sah man in ihm den großen Freund der Entente-Politik, der infolge seiner Abmachungen mit Frankreich garnicht in der Lage sein konnte und wohl auch nicht willens war, zu Deutschland ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen.

War die öffentliche Meinung in Deutschland auch geneigt, manchmal in den deutsch-englischen Verhandlungen eine Kursschwenkung der Grey'schen Politik zu erblicken, immer wieder wurde sie durch deutschfeindliche Ausfälle in der englischen Presse eines anderen belehrt, wenn auch zugegeben werden muß, daß eine große Anzahl englischer Zeitungen ehrlich für eine Verständigung eintrat.

Dieses Schwanken zwischen Optimismus und Pessimismus in der deutschen Presse ist überaus charakteristisch. Nicht wenig Schuld an der wechselnden Beurteilung über Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit des englischen Angebots trug die Haltung des jugendlichen Marineministers Churchill. War die Aufnahme der englischen Vorschläge in der deutschen Öffentlichkeit günstig, die Reden des ersten Lords der britischen Admiralität ließen immer wieder das Mißtrauen in Deutschland wach werden. Dabei mag dahingestellt sein, ob Churchill ehrlich eine Verständigung auf dem Boden der vollen Souveränität beider Länder erstrebte. Seine Worte lassen jedenfalls einen Mangel an Kenntnis der Psychologie des deutschen Volkes in dessen Auffassung von Wehrfragen erkennen.

Es ist jedoch müßig, das Scheitern der Verhandlungen auf das Schuldkonto einer bestimmten Persönlichkeit zu schreiben. Alle genannten Faktoren wirkten zusammen, um einen Erfolg der von der Öffentlichkeit beider Länder anfangs mit viel Hoffnung begrüßten Verhandlungeu zu verhindern.

Schluß.

Der Versuch einer Verständigung zwischen Deutschland und England war also mißlungen. Das hieß aber nicht, daß damit zugleich ein Bruch in den Beziehungen beider Länger eingetreten war. Die Flottenfrage stand zwar nicht mehr zur Debatte. Aber in Berlin war man durchaus bereit, den begonnenen Meinungsaustausch über koloniale und territoriale Fragen fortzusetzen.[1]) Die englische Regierung ließ ihre Bereitwilligkeit hierzu erkennen. So gingen die Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien in Afrika weiter.

Im Juni 1912 wurde der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, der schon lange den Unwillen des Kaisers erregt hatte, von seinem Posten abberufen. An seine Stelle trat der Freiherr Marschall von Bieberstein.[2]) Auch nach dessen frühem Tod trat in den kolonialen Verhandlungen keine Unterbrechung ein.

Schien so nach außen hin das Verhältnis Englands zu Deutschland durchaus normaler, ja freundschaftlicher Natur zu sein, in der Stille machte die Einkreisung Deutschlands immer größere Fortschritte. In Paris hatte man nach dem Abbruch der Flottenverhandlungen die Zeichen der Zeit erkannt. Auf französische Initiative hin fanden im Laufe des August 1912 Besprechungen über ein französisch-englisches Marineabkommen statt.[3]) Diese führten dann im September desselben Jahres zu der englisch-französischen Marinekonvention. Der Kernpunkt dieses Abkommens bestand darin, daß Frankreich auch sein letztes Geschwader von Brest ins Mittelmeer verlegte und England Schiffe vom Mittelmeer in der Nordsee stationierte.[4])

Die ungeheuere Tragweite dieser Abmachung schätzte man in England durchaus richtig ein. Wenn Frankreich seine Nord- und Westküsten entblößte, dann war dies nur unter der Voraussetzung möglich, daß es das feste Versprechen hatte, die englische Flotte werde diese Küsten im Kriegsfalle schützen.

In diesem Sinne erklärte auch Asquith dem deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, am 2. August 1914, eine neutrale Haltung werde der englischen Regierung durch zwei Dinge erschwert: 1) durch eine Verletzung der Neutralität Belgiens, 2) „durch einen etwaigen Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die gänzlich unbeschützte Nordküste Frankreichs, die die Franzosen in gutem Glauben auf die britische Unterstützung zugunsten ihrer Mittelmeerflotte entblößt hätten“.[5])

---

[1]) Gr. Pol. Bd. 31 Nr. 11440.
[2]) Schultheß' S. 345.
[3]) Rothfels, S. 207.
[4]) Montgelas, S. 392.
[5]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 676.

Am 23. August 1912 wies Churchill in einem Brief an Grey auf die Folgen der Konvention hin und machte auf die schweren Gefahren der Dislokation aufmerksam, die England damit der Handlungsfreiheit beraube.[6])

Mit der Marinekonvention von 1912 fand die eigentliche und entscheidende Bindung Englands an den aktiven Ententekurs statt. Sie bedeutete die endgültige Frontstellung gegen Deutschland.

In dem bekannten Brief vom 22. November 1912 an den französischen Botschafter in London, Cambon, sagte Grey ferner zu, daß jede der beiden Regierungen sich sogleich mit der anderen Regierung besprechen solle, sobald sie triftige Gründe habe, einen nichtprovozierten Angriff seitens einer dritten Macht oder sonst eine Bedrohung des allgemeinen Friedens zu erwarten.[7]) Enthielt dieser Briefwechsel auch keine Verpflichtung zu unbedingter Hilfeleistung, so stellte er doch ein neues moralisches Band her, das beide Länder noch mehr aneinander fesselte. Dieser Briefwechsel zwischen Grey und Cambon bildete bis zum Ausbruch des Krieges die Grundlage der Beziehungen zwischen der französischen und englischen Regierung.[8])

Mochte Grey auch noch der Meinung sein, daß er im Ernstfalle freie Hand habe, in Wirklichkeit war mit dieser Bindung an Frankreich die Unabhängigkeit Englands verloren gegangen.

Der Fall, wo Grey seine „Handlungsfreiheit" beweisen sollte, trat ein in der Nacht vom 29./30. Juli 1914. Auf die Nachricht von der russischen Teilmobilmachung hatte Frankreich seine Bündnispflicht zugesichert und gleichzeitig nach London gedrahtet, um die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands „auf Grund des zwischen ihnen bestehenden allgemeinen Einvernehmens zu beraten".[9])

Zwar behielt England noch Freiheit. Aber die Flottenmaßnahmen Churchills hatten sie schon wesentlich beeinträchtigt. Am 28. Juli 1914 hatte dieser nämlich der Flotte den Befehl erteilt, während der Nacht mit Volldampf nnd ohne Lichter durch den Kanal an ihre Gefechtsbasis in Scapa Flow zu gehen.[10]) So kam von der Flottenpolitik her die Entscheidung.

Am 30. Juli hatte Grey dem französischen Botschafter in London, Cambon, zu verstehen gegeben, daß England die deutsche Flotte nicht in den Kanal einfahren lassen werde.[11]) Der deutsche Einmarsch in Belgien gab dem englischen Außenminister dann den willkommenen Anlaß,

---

6) Churchill, S. 112/113.
7) Fay, S. 221. Bd. 1.
8) Fay, S. 222. Bd. 1.
9) Rothfels, S. 209/210.
10) Fay, S. 363, Bd. 2.
11) Montgelas: Kriegsschuldfrage Jahrg. 1 und 2. 1925, S. 556

um offen an die Seite Frankreichs zu treten. Noch ehe Deutschland den Krieg an Frankreich erklärt hatte und ehe die belgische Frage akut wurde, war die Verpflichtung der Marinekonvention englischerseits in Kraft getreten.[12]) Das Schicksal nahm unaufhaltsam seinen Lauf, und der größte Krieg aller Zeiten stieg herauf.

Die Haldane-Mission in ihrem Verlauf und ihren Auswirkungen ist kennzeichnend für die Politik Englands vor dem Kriege. Einerseits will man sich durch seine Ententen gegen Deutschland sichern und andererseits die Fühlung mit dieser Großmacht behalten. Es erwies sich aber als unmöglich, Anlehnung durch Ententen zu suchen und gleichzeitig den beiden Mächtegruppen in Europa die Wage zu halten, gleichzeitig Partei und Schiedsrichter zu sein.

---

[12]) Rothfels, S. 211.

Lebenslauf.

Ich wurde geboren am 2. November 1909 zu Hörde i. W. als Sohn des Kaufmanns Wilhelm Meyer und seiner Ehefrau Elisabeth geb. Adams.

Nach vierjährigem Besuch der Volksschule in meiner Heimatstadt wurde ich in das dortige Realgymnasium aufgenommen. Im Herbst 1927 siedelten meine Eltern nach Bochum-Langendreer über. Hier trat ich in das Reformrealgymnasium ein und verließ die Anstalt Ostern 1931 mit dem Reifezeugnis.

Anschließend studierte ich in Freiburg i. Br., Köln, Königsberg und Münster Geschichte, Deutsch, Kunstgeschichte, Zeitungswissenschaft und Nationalökonomie. Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich meinem hochverehrten Lehrer Herrn Prof. Dr. Wätjen. Ferner bin ich noch zu Dank verpflichtet der Stadtbibliothek in Dortmund, die mir in der Materialbeschaffung sehr behilflich gewesen ist.

Im Herbst d. J. änderte ich meinen bisherigen Namen in den Familiennamen Meyer-Adams um.

Berichtigung.

S. 8 bezeichnet wird
S. 9 Die bloße Tatsache
S. 15 Besuch
S. 23 jeden
S. 25 empfindende
S. 28 imperialistische
S. 35 deutschfreundliche
S. 40 vor